Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 198. Montag, den 26. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Beutezug.

Mit einem furchtbaren Blutvergießen und einer wüsten Zerstörung hat Frankreich eine neue Etappe seiner „Kulturmission“ in Marokko begonnen. Als „Anwalt Europas“, wie es in der Sprache des Diplomatenhandwerks heißt, als Mandatar der abendländischen Zivilisation gegen orientalische Barbarei und als Sühne heischender für erlittene Unbill, hat es 3000 Menschen geschlachtet, eine Stadt und einige Dörfer zerschossen, verbrannt und der Plünderung überliefert, Massen des heiligen Eigentums zerstört. Für 9 Franzosen, die die Marokkaner in Casablanca erschlagen, wurden 3000 Marokkaner geschlachtet und eine Stadt verheert. Das ist die Rache der „christlichen“ Kultur. 9 Franzosen fielen als Opfer einer Politik, für die sie nicht verantwortlich waren, als Opfer eines Unternehmens, das nicht ihnen, sondern ihren Ausbeutern, französischen Kapitalisten, goldene Gewinne liefern sollte. Die maurischen Barbaren, die in den Hafenarbeiten mit gutem Instinkt ein Anzeichen ihrer beginnenden Unterjochung unter die wirtschaftliche und politische Macht der Fremden erkannten, nahmen die französischen Arbeiter — die unbeteiligten Werkzeuge — für die Schuldigen. Die aber, die französischen Finanziers, sitzen gesichert zu Hause und lassen andere für sich arbeiten und kämpfen, andere die Gefahr tragen. Für sie kämpfen und bluten jetzt die französischen Truppen, für sie trägt Frankreich die Kosten der kriegerischen Expedition und vielleicht die französische Nation alsbald die Blut- und Geldopfer eines furchtbaren Krieges wider die fanatischen, kriegsgeübten Stämme Marokkos.

Die Vorgänge, die sich jetzt an der Küste Marokkos abspielen, sind ein Schulbeispiel für die brutale Methode kapitalistischer Kolonialpolitik. Hohen Gewinn witternd, stürzen sich Kaufleute, Bankiers, Meuterer auf das noch in rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebende Land, zersetzen durch ihre Tätigkeit diese Verhältnisse, stören die Einkommensverhältnisse zahlreicher Kreise, verstärken so die ohnehin dem Fremden, dem Ungewohnten abgeneigten Gefühle der völlig im Banne des Herkommens stehenden Eingeborenen, fachen sie durch herrisches, übermütiges Auftreten und durch Beanspruchung einer Ausnahmestellung gegenüber den Behörden und des Landes bis zum leidenschaftlichen Fremdenhaß an und rufen nach den Kriegsschiffen und Soldaten ihres Heimatlandes, so bald dieser Haß in wilden, blinden Aussprüchen explodiert. Die „nationale Ehre“ ist engagiert; sobald das Blut eines Volksangehörigen eines Kulturstaates geflossen, ist der Vorwand für eine bewaffnete Expedition gegeben, die dann, wenn die Dinge nach Wunsch verlaufen, zur dauernden Besetzung eines Stückes Land führt, nachdem Hekatomben von Menschenleben geopfert sind. Für die Lebensinteressen und die Ehre der Nation, so sagt die offizielle Darstellung, für die Interessen kleiner Kapitalistengruppen, sagt die nüchterne Erkenntnis der Tatsachen. Kapitalistengruppen in dem zu kolonisierenden Lande, wie im Lande der kolonisierenden Nation sind die Treiber und die Nutznießer dieser Gewaltpolitik. Den Löwenanteil tragen dabei die Finanzkapitalisten der großen Geldmächte des kolonisierenden Landes davon; denn die Kolonialpolitik, namentlich die Frankreichs, dessen Industrie sich nur langsam entwickelt, dient mehr der Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für überschießende Kapitalien des Mutterlandes, und zwar neuer Anlagemöglichkeiten mit höherer Profitrate, als die der Kulturländer, als etwa der Erschließung neuer Absatzgebiete für die Industrie.

Die Nation, namentlich das Proletariat, hat die Kosten dieser Politik zu tragen, die Gut- und Blutsteuern. Von den goldenen Gewinnen fließt ihm nichts oder so gut wie nichts zu, ja es hat nicht einmal den Trost, daß diese Kolonialpolitik zur rascheren Entfaltung der heimischen Industrie und damit zur schnelleren Entwicklung zum Sozialismus führe. Im Gegenteil, die Ausfuhr der Kapitalien in die Kolonien ist eher ein verzögerndes Moment für die Entwicklung des Kapitalismus im eigenen Lande.

Das ist die verschiedene Bedeutung des Marokko-Abenteuers für die französische Arbeiterklasse und für die französischen Kapitalisten. Im vergrößerten Maßstabe erlebt Frankreich an Marokko, was Deutschland an Südwestafrika erlebt hat, wobei indes nicht vergessen werden darf, daß in Marokko immerhin mehr zu holen ist, als im Sand- und Dornenlande Südwestafrika, wofür wiederum aber den Franzosen ein weit stärkerer und kriegstüchtigerer Gegner gegenübersteht, als uns im Herero- und Hottentottenfeldzuge.

Wenn es nach den Wünschen unserer enragierten Kolonialpolitiker ginge, hinter denen kleine, aber um so einflußreichere Kapitalistengruppen stehen, vor allem die der Großindustrie, der Lieferanten von Eisenbahn-, Brücken- und Hafenbaumaterial, von Geschützen und Geschossen, von Dingen, die bei der kapitalistischen Erschließung barbarischer Länder vorerst gebraucht werden, so wäre Deutschland jetzt nicht unbeteiligter Zuschauer des marokkanischen Dramas. Marokko galt als eines der Länder, in die der deutsche Aar seine Fänge schlagen müsse. Äußerlich war die deutsche Marokkopolitik auf die Wahrung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit Marokkos gerichtet. In Wirklichkeit lief diese Unterstützung des marokkanischen Schandregiments gegen Frankreich, die Stärkung der marokkanischen Selbständigkeit, darauf hinaus, Frankreich an der Annexion Marokkos zu hindern und das Reich des Maghzen so lange zu erhalten, und zwar schwach und hilflos zu erhalten, bis eine günstige Konstellation Deutschland gestattete, die marokkanische Beute Frankreich ganz oder wenigstens teilweise abzujagen. Im Dienste dieser Politik stand die pomphafte Reise des Kaisers nach Tanger, stand der plötzliche Einspruch gegen das französisch-englische Marokko-Abkommen, das man ein Jahr vorher ruhig hingenommen hatte, und das man angriff, als man Frankreich durch die ostasiatischen Niederlagen seines russischen Verbündeten schwach glaubte, stand die deutsche Haltung von 1905—06, die die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges in drohende Nähe brachte, und die schließlich zur Konferenz von Algeciras und zur fast völligen Isolierung Deutschlands führte. Seit diesem großen Mißerfolg, den man vergeblich vor der Welt in einen Erfolg auszulegen versuchte, ist die deutsche Regierung in Sachen Marokkos ebenso still geworden, als sie ehemals laut und übergeschäftig war. Auch zurzeit, wo es trotz aller offiziellen Versicherungen des Gegenteils mindestens nicht unwahrscheinlich ist, daß Frankreich über die ihm durch die Konferenz von Algeciras gesetzten Schranken hinausgehen wird, daß eine Erhebung der Stämme der „heilige Krieg“ gegen die ungläubigen Fremden es zu einem regelrechten Feldzug führen wird, beobachtet die deutsche Diplomatie eine äußerliche Gelassenheit. Indes darf die deutsche Arbeiterklasse nicht vergessen, daß für die Diplomatie die Sprache dazu da ist, die Gedanken zu verbergen, und daß hinter den Kulissen in entgegengesetzter Weise agiert werden kann, als in der Öffentlichkeit. Die oben gekennzeichneten Interessengruppen — eines ihrer Sprachrohre ist die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ — sind zudem eifrig an der Wühlarbeit. Sie würden sich kein Gewissen daraus machen, Deutschland um Marokkos willen in einen Krieg nicht mit den Marokkanern, sondern auch mit Frankreich und seinen Verbündeten zu treiben. Laut fordern sie, daß Deutschland Teile Marokkos, so den Hafen Mogador, besetze oder andere Entschädigungen von Frankreich fordere. Deshalb muß die deutsche Arbeiterklasse allezeit bereit sein, einen Feldzug aufzunehmen gegen phantastische und gefährliche weltpolitische Pläne, die eine schwere Gefahr für den Weltfrieden bedeuten. Sie muß bei jeder Gelegenheit laut und deutlich zu verstehen geben, daß ihr Marokko nicht die Knochen eines einzigen Deutschen wert ist, und daß das deutsche Proletariat mit der französischen Nation in Frieden leben will. Die französischen Sozialisten werden das ihrige tun, um die weitere Ausdehnung des Marokko-Feldzuges zu verhindern. Sie haben seinerzeit einen Minister des Auswärtigen gestürzt, der um dieses Marokko willen einen Krieg mit Deutschland riskieren wollte. Damals kam ihnen die Furcht eines Teiles der Bourgeoisie vor einem europäischen Krieg zu Hilfe. Jetzt glaubt sich Frankreich in Europa durch seine Bündnisse und die Isolierung Deutschlands gedeckt, und Kolonialkriege mit barbarischen Völkern sind für die Bourgeoisie, so große Opfer sie auch der Nation auferlegen, mehr ein Geschäft, denn eine Gefahr. Und deshalb sind dem Erfolg des Protestes unserer französischen Genossen natürliche Grenzen gesteckt.

Derweil die Abgesandten der Regierungen der „Kulturnationen“ auf der „Friedenskonferenz“ im Haag ungezählte Ries Papier verschreiben und in wohlgesetzten Reden — nichts sagen, haben die französischen Melinitbomben zu Casablanca blutige Arbeit getan. Und was die Bombe verschont, das hat das Bajonett und die Kugel der Truppen ereilt. In wilder, blinder Mordwut haben die französischen und spanischen Soldaten nach dem Zeugnis von Augenzeugen gewütet, Unbewaffnete, Greise und Kinder haben sie unterschiedslos gemetzelt. Bestritten wird außerdem, daß zu dem Bombardement Grund vorhanden war, behauptet, daß die Franzosen nur auf einen Vorwand dafür lauerten, und daß ein französischer Flintenschuß das Signal dazu gab. Die deutsche Presse, vor allem die toll-imperialistische, entrüstet sich über solche Greuel tugendhaft. Als ob sie nicht in der Geschichte eines jeden Kolonialkrieges zu verzeichnen wären, als ob irgend eine „Kultur“-Nation Anlaß hätte, sich wegen solcher Greuel pharisäisch über die andere zu überheben. Kolonialtruppen sind niemals Apostel der Humanität gewesen und werden es niemals sein, was sich die Rufer nach einer deutschen Kolonialarmee zur Notiz nehmen mögen. Aber sie werden natürlich trotz der Greuel von Casablanca nicht aufhören, die deutsche Kolonialarmee zu fördern — diese Greuel sind ihnen lediglich deshalb der Entrüstung wert, weil sie sich gegen Frankreich, den Konkurrenten, verwenden lassen. Zur ehrlichen Entrüstung ist nur der berechtigt, der die Kolonialpolitik und den Krieg grundsätzlich verwirft, der Sozialdemokrat. Aber die Entrüstung darf ihm nur der Ausgangspunkt tatkräftiger Bekämpfung des Übels sein!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neue Reichsetat.

Die „Militärisch-politische Korrespondenz“, die Beziehungen zu Regierungskreisen hat, schreibt, daß mit Einstellung der Gehaltsaufbesserung für die Reichsbeamten der Fehlbetrag im Etat für 1908 mindestens 110 Millionen Mark betragen werde, so daß man an „zuständiger Stelle“ wohl oder übel mit der Einbringung neuer Steuervorlagen rechne. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die erste Hälfte dieser Mitteilung als Vermutung, die zweite als unrichtig und fügt hinzu: „Wie hoch der „Fehlbetrag“ im neuen Etat sich belaufen werde, steht jetzt noch nicht im mindesten fest; es ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß er die von der Korrespondenz mitgeteilte Höhe nicht erreichen werde. Was aber die neuesten Steuervorlagen anlangt, so wird man solche dem Reichstage während seiner nächsten Tagung nicht unterbreiten.“ Derselben Ansicht ist die „Freisinnige Zeitung“: Sie tröstet sich damit, daß der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel noch vor kurzem die Überzeugung ausgesprochen hat, man werde 1908 ohne neue Steuern auskommen, daher habe „die Volksvertretung erst recht allen Anlaß, dem stürmischen Begehren nach neuen Steuern, wie es in einzelnen Regierungskreisen vorhanden sein mag, kühl entgegenzutreten.“ Das Begehren ist also doch vorhanden! Es als unbedenklich zu erachten, sollte man nach den vielen bösen Erfahrungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, sich hüten. Der Zentrumsführer Spahn wird schon gewußt haben, was er tat, als er kürzlich so freundlich war, neben der Revision der Branntweinsteuergesetzgebung eine Zigarrenbanderolensteuer dem Reichskanzler auf dem Präsentierteller entgegenzubringen. Übrigens berichtet auch die „Milit.-Polit. Korresp.“ weiter, daß aus der Unmenge von Steuervorlagen und Projekten die Tabak- und die Zigarrenbanderolensteuer feste Gestalt angenommen haben und daß noch andere Steuerpläne auftauchen werden. Auch dieser Angabe setzt die „Freisinnige Zeitung“ Zweifel, und zwar, wie sie sagt, „berechtigte“ Zweifel entgegen und sie stützt dieselbe auf folgende Erwägungen: „Zur Zeit ist das Zentrum keineswegs ausschlaggebend in Steuersachen, und es darf sogar als fraglich gelten, ob die Zentrumspartei im ganzen geneigt sein wird, nach dem Vorgange ihres Führers Dr. Spahn zu den vielen hundert Millionen Steuern, die es zusammen mit den Parteien der Rechten dem deutschen Volke im Laufe der letzten Jahrzehnte auferlegt hat, jetzt wiederum ein neues Steuerbouquet zu bescheren. Aber wie dem auch sei, schon aus allgemein politischen Gründen können wir nicht annehmen, daß Freiherr v. Stengel geneigt sein wird, bereits in der nächsten Session den Reichstag mit neuen Steuerprojekten zu behelligen und damit einen Erisapfel unter die Mehrheitsparteien zu werfen.“ Auf solchen Trost ist nicht viel zu geben. Und wenn es schließlich der Fall sein sollte, daß der Erisapfel noch nicht in der nächsten Session geworfen wird, was wäre damit gewonnen? Ein kurzer Aufschub. Das weiß auch die „Freis. Ztg.“ ganz gut. Welche klägliche politische Stellung nimmt doch eine Partei ein, die den leitenden Staatsmann förmlich anfleht: Strafe uns morgen, nur nicht heute!

Praktische Blockpolitik.

Jede Blockpartei ist „bescheiden“, eine noch bescheidener als die andere, wenn man sie hört. Jede von ihnen geriert sich als die „wirklich ehrliche“ Blockpartei. Und dabei suchen sie einander übers Ohr zu hauen, wo immer es möglich ist. So wird der „Berl. Volksztg.“ aus Hüttingen-Münden geschrieben:

„In unserem Wahlkreise muß eine Ersatzwahl zum Landtag stattfinden. Um das frei gewordene Mandat warben anfans die Nationalliberalen als die ehemaligen Besitzer, die Bündler und die Antisemiten. Die im Wahlkreise recht zahlreich vertretenen Welfen erklärten sich vor einigen Tagen, um den Nationalliberalen einen Streich zu spielen, bereit, auf eine Sonderkandidatur zu verzichten und gleich für den Antisemiten, den Kaufmann Iserlohn, einzutreten. Und — o Wunder! Jetzt wird auch bekannt, daß die Bündler ebenfalls ihren in

Aussicht genommenen Kandidaten, einen Gutsbesitzer, haben fallen lassen, um sofort für den Antisemiten einzutreten. Der Grund dieser Bescheidenheit, die sonst im allgemeinen bei Herrn Dr. Diedrich Hahn und seinen Freunden sehr selten ist, liegt in dem Bestreben, den Nationalliberalen das Mandat abzujagen, eine Absicht, die ganz sicher gelingen wird. Darum stimmen die Agrarier auch mal für einen Kaufmann."

Das nennt man praktische Blockpolitik!

Die württembergische Regierung über den Schwabenstreich.

Das offiziöse Depeschenbureau meldet:

Stuttgart, 24. August. Der Staatsanzeiger veröffentlicht heute eine amtliche Mitteilung zu der Ausweisung des Engländers Quelch. Danach hat das Ministerium des Innern in den von dem Delegierten Quelch geäußerten Worten über den Haager Kongreß eine unzweideutige und schwere Beschimpfung der Delegierten der in der Haager Konferenz vertretenen Regierungen und mittelbar dieser Regierungen selbst gesehen. Deshalb hat man dem Vorsitzenden des Kongresses, Singer, noch am selben Abend ein Schreiben zustellen lassen, in welchem verlangt war, daß Quelch die fraglichen Worte bei Beginn der nächsten Plenarversammlung ausdrücklich und unbedingt zurücknehme, widrigenfalls seine sofortige Ausweisung veranlaßt würde. Da nun Quelch in seiner am anderen Tage abgegebenen Erklärung die von ihm wenn auch in abgeschwächter Form selbst zugegebene Beschimpfung von in der Haager Konferenz vertretenen Regierungen nicht nur nicht zurücknahm, sondern sie ausdrücklich aufrecht erhielt, hat seine sofortige Ausweisung erfolgen müssen.

Diese offizielle Kundmachung verbessert die Situation der württembergischen Regierung keineswegs. Quelch hat erklärt, daß seine Worte keine persönliche Beleidigung der an der Haager Antifriedenskonferenz beteiligten Delegierten sein sollten — was sich ohnehin von selbst verstand —, sondern nur eine drastische Charakterisierung des kapitalistischen Systems. Diese Charakteristik konnte aber Quelch als Sozialdemokrat gar nicht revozieren, ohne seine sozialistischen Anschauungen zu verleugnen. Wie konnte also die württembergische Regierung überhaupt eine solche Zurücknahme der Äußerungen erwarten! Wenn die württembergische Regierung den politischen Anstand besaß, einem Internationalen Sozialistenkongreß in ihrem Lande Obdach zu gewähren, so mußte sie von vornherein mit der Bekundung von sozialistischen Ansichten rechnen, selbst wenn dafür die Form bürgerlich fortgeschrittener Länder gewählt wurde. Ein Unding aber war es, an die gewohnte Redefreiheit ausländischer Sozialisten den Maßstab preußischer Polizeifürchtigkeit zu legen! Der Schwabenstreich der württembergischen Regierung wird auch dadurch nicht schöner, daß er auf Anweisung aus Berlin verübt wurde!

Staatsgefährliche Turnerei.

Der freien Turnerschaft Charlottenburgs ist die Benutzung städtischer Turnhallen verboten worden. Die freie Turnerschaft besteht nämlich aus solchen Leuten, die das Turnen zum Geradestrecken ihrer Glieder am nötigsten haben, aus Arbeitern und die Charlottenburger Arbeiter sind meist Sozialdemokraten. Sozialdemokraten dürfen zwar aus ihren Steuern öffentliche Anstalten erhalten, sie dürfen aber an städtischen Barren keinen Handstand und an städtischen Ringen keinen Klimmzug machen. Das erfordert die Staatsräson. So war's unter Studt, so ist's unter Holle.

Daß die Staatsanwälte Schimpffreiheit genießen, bestätigt jetzt der Vertreter des Ersten Staatsanwalts in Königsberg. Bekanntlich machte in der Strafkammersitzung vom 6. August in Königsberg Staatsanwalt Mix dem Redakteur der „Königsberger Volkszeitung", Genossen Markwald, Preßfrechheit zum Vorwurf. Markwald fragte den Staatsanwalt schriftlich, ob er in dieser Angelegenheit noch Erklärungen abzugeben habe. Der Herr antwortete, daß er es ablehne, sich hierzu zu äußern, worauf unser Genosse gegen Mix bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag weden Beleidigung stellte. Dieser Tage erhielt Markwald vom Vertreter des Ersten Staatsanwalts folgenden Bescheid: „Ich lehne ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Staatsanwalt Mix wegen Beleidigung ab. Staatsanwalt Mix hat die in Ihrer Anzeige wiedergegebenen Redewendungen in seinem Plaidoyer gebraucht, um bei Erörterung des gegen Sie anzuwendenden Strafmaßes seine Auffassung über die Art Ihrer Tätigkeit als Redakteur in drastischer Weise zu kennzeichnen. Eine auf Beleidigung gerichtete Absicht hat ihm dabei ferngelegen. Die Voraussetzung des § 193 R.-Str.-G.-B. für die Strafbarkeit der Äußerung ist daher nicht gegeben. Anzuerkennen ist, daß der Ausdruck Preßfrechheit in jedem Falle hätte vermieden werden sollen. Hierauf ist Staatsanwalt Mix von mir im Aufsichtswege hingewiesen worden." Zugegeben wird also doch, daß der Ausdruck Preßfrechheit „in jedem Falle hätte vermieden werden sollen." Das heißt mit anderen Worten, daß der Ausdruck beleidigend ist. Aber eingeschritten wird gegen den Beleidiger nicht.

Eine neue Postkarte?

Berliner Blätter bringen folgende Notiz: „Das nächste neue deutsche Postwertzeichen, das in absehbarer Zeit erscheinen wird, dürfte ohne Zweifel eine Postkarte zu 3 Pfg. sein. Württemberg hat bis heute die Ortspostkarten zu 2 Pfg. beibehalten. Nach den Beschlüssen seines Landtags darf man wohl annehmen, daß die württembergische Post das Porto für Ortspostkarten von 2 auf 3 Pfg. erhöhen wird. Dafür ist eine neue Postkarte erforderlich, die es früher nur in Bayern gegeben hat. Wie die Marke dürfte auch der übrige Bordruck in brauner Farbe hergestellt werden. Es ist aber noch fraglich, ob dazu der blaue Karton der Zweipfennigkarten oder der hellgelbe Karton der Fünfpfennigkarten oder endlich noch ein anderer Karton verwendet werden wird. Wie alle württembergischen Postwertzeichen für den gewöhnlichen Verkehr, wird auch diese Postkarte von der Reichsdruckerei hergestellt werden."

England.

Wahl. Bei der Ersatzwahl zum Unterhause wurde in Bury St. Edmunds Guinneß (Unionist) mit 1631 Stimmen gegen Yates (Lib.) gewählt, der 741 Stimmen erhielt.

Rußland.

Summarisches Verfahren. Wegen Ermordung des Redakteurs Gadomski sind vom Kriegsgericht in Warschau 7 Personen zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

Rumänien.

Ein Schandurteil mehr. Die rumänische Justiz hat sich beeilt, zu beweisen, daß sie nur ausnahmsweise gegen Sozialisten anständig handelt. Donnerstag kam vor dem Appellationsgerichtshof der Einspruch des Staatsanwalts Skinu gegen das Urteil des hiesigen Tribunals zur Verhandlung, das den einstimmigen Freispruch der neun Bukarester Arbeiterführer von der Anklage der Rebellion und Beamtenschmähung enthielt, die wegen der Demonstration bei der Abreise des ausgewiesenen Genossen Anagnoste erhoben wurde. Die höhere Instanz, stärker von Servilismus gegen die Regierung beeinflußt als die untere, ist den Anträgen des Staatsanwalts wenigstens teilweise gefolgt. Die ungeheuerliche Anklage auf Rebellion, die mit zwei Jahren Kerkerstrafe und dauernder Entziehung der Bürgerrechte bedroht ist, wagten die Appellrichter allerdings nicht zu bejahen, Aber sie wagten auch nicht ganz freizusprechen, um die Regierung nicht allzusehr zu blamieren und so wählten sie den Ausweg, die Angeklagten wenigstens der Beamtenschmähung für schuldig zu erklären und acht von ihnen mit je zehn Tagen und den Genossen Irimu, den Schriftführer der Bukarester sozialdemokratischen Organisation, zu 15 Tagen Gefängnis zu verurteilen. Im Grunde genommen ist auch diese Verurteilung eine Ohrfeige für die Regierung. Und ein Schandmal für die Justiz Rumäniens!

Japan.

Die japanischen Sozialisten gegen den japanischen Imperialismus. Aus Tokio, 21. Juli, wird dem „Vorwärts" gemeldet: Gestern wurde von den hiesigen Sozialisten die folgende, die letzte Korea-Affäre betreffende Resolution angenommen: „Wir erkennen im vollen Maße die Rechte des koreanischen Volkes auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstregierung an und erklären als Verstoß gegen das gemeinsame Interesse der internationalen Arbeiterklasse, daß die imperialistische Politik Japans diese Rechte verletzt. Darum fordern wir, daß die Regierung Japans die vor der Öffentlichkeit ausgesprochenen Versprechungen erfülle, worin sie des öfteren im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit versichert hat, die Unabhängigkeit Koreas zu schützen. Die sozialistische Gruppe Japans.

Marokko.

Die marokkanischen Wirren. Die politische Lage in den marokkanischen Küstenstädten ist andauernd ruhig. Die Stämme scheinen weder für noch gegen Muley Hafid Partei genommen zu haben. Die Aufklärungsritte vor Casablanca wurden 6 bis 7 Kilometer weit ausgedehnt, ohne daß man auf Widerstand stieß. Eingeborene Schützen töteten eine Anzahl Marodeure. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet. — Aus Tanger wird gemeldet, daß Muley Hafid von den Stämmen in der Gegend von Marrakesch seit dem 16. d. M. feierlich zum Sultan ausgerufen ist und einen Hof eingerichtet hat. Als sein Kalifat bezeichnet er Fez. Sein Bruder Muley Mohamed wird augenblicklich vom Sultan in Gefangenschaft gehalten. Die Europäer, die Fez verlassen, werden am 30. d. M. in Larache sein und bitten um Entsendung eines Kriegsschiffes, das sie aufnehmen soll. — Nach Meldungen aus Tanger haben sämtliche Europäer Marrakesch verlassen mit Ausnahme eines Deutschen, der krankheitshalber nicht abreisen konnte und in Muley Hafids Hause Schutz gefunden hat. In Mazagan, dessen jüdische Bevölkerung vollständig nach Gibraltar und den anderen spanischen Küstenplätzen geflohen ist, sind im ganzen 90 Europäer, darunter 8 Deutsche geblieben. Muley Hafids Position erscheint auch dadurch gestärkt, daß er von reichen Israeliten in Marrakesch beträchtliche Bankkontributionen erhoben hat, sodaß er erhebliches Geld besitzt. Muley Hafid hat seine Ausrufung zum Sultan in Mazagan anbefohlen. Raisuli hat, dem „Standard" zufolge, der englischen Regierung die Freilassung Macleans ohne Lösegeld lediglich gegen die Garantie seines eigenen und des Lebens seiner Angehörigen angeboten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 26. August.

Erbauliches aus der Vorstadt St. Lorenz. Man schreibt uns: Nachdem die Bewohner der Vorstadt St. Lorenz mehrere Jahre lang die „süßen Düfte" des „Stinkgrabens" einatmen mußten, war man in letzter Zeit hocherfreut darüber, die Miasmen endlich mehr und mehr schwinden zu sehen. Nun scheint es jedoch einem begüterten Anwohner der Marienstraße nicht recht zu passen, daß in einer Vorstadt, in welcher zumeist Arbeiter wohnen, üble Gerüche nach Möglichkeit vermieden werden und so läßt dieser Herr unmittelbar an der Straße, die täglich von Tausenden von Arbeitern und Beamten passiert werden muß, Unrathaufen von respektabler Größe errichten. — Auch die Bepflasterung dieses Stadtteiles läßt viel zu wünschen übrig. Befindet sich beispielsweise vor dem Hause Glandorpstr. 13 ein derartiges Loch im Trottoir, daß man Arme und Beine brechen kann, wenn man im Dunkeln hineingerät; hier wäre eine Änderung dringend notwendig.

Ausflüge in Lübecks Umgegend betitelt sich ein Führer, der im Verlage der Firma Lübcke u. Nöhring in fünfter, neu bearbeiteter Auflage soeben erschienen ist. Das über 200 Seiten starke Buch bietet dem Wanderlustigen in Lübeck und Lübecks Umgegend viele Anhaltspunkte und Anregungen. Die Vorzüge des Führers liegen in der ausführlichen Bearbeitung des Abschnittes „Lübeck" und in den kurzgefaßten und doch wiederum alles Wichtige darbietenden Abschnitten über Hamburg, Kiel, Schwerin; daß die beliebten Ausflugsziele Ratzeburg, Schaalsee und die Holsteinische Schweiz nicht zu kurz kommen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Ein neuer, schön ausgeführter Stadtplan und eine neue umfangreiche Karte von „Lübeck und Umgegend" — von Pretz bis Friedrichsruh reichend — unterstützen den Gebrauch des Führers aufs beste. Der Kostenpreis beträgt nur Mk. 2

Arbeiterrisiko. Von der Bauarbeiterschutzkommission wird uns geschrieben: Am Sonnabendabend 5½ Uhr stürzten 2 Glasergehilfen, die beim Neubau der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beschäftigt waren, aus beträchtlicher Höhe herab. Die beiden Leute hatten ein Fenstergerüst gemacht, von welchem aus sie die Scheiben einsetzten. Dieses Gerüst ist nun eingestürzt. Der eine Gehilfe zog sich einen Beinbruch zu und mußte mittelst Sanitätswagens abgeholt werden, während der andere mit leichten Verletzungen davonkam.

Handelsregister. Am 24. August 1907 ist eingetragen: 1. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma Hüxtertor-Vorstadt, Terraingesellschaft mit dem Sitze in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwertung und Verwaltung von Grundstücken in dem Teile der Lübecker Vorstadt St. Jürgen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. und 16. Juli 1907 abgeschlossen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführer sind: R. H. W. Hellmann und F. H. C. Schröder, beide Haus- und Hypothekenmakler in Lübeck; 2. bei der Aktiengesellschaft in Firma Commerz-Bank in Lübeck. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. August 1907 ist ein neuer Gesellschaftsvertrag festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art. Nach dem erwähnten Beschluß ist ferner das Grundkapital um 1 500 000 Mk. erhöht, es beträgt je 6 000 000 Mk. Die Erhöhung ist erfolgt durch Ausgabe von 1250 auf den Inhaber lautenden Aktien à 1200 Mk. Der Ausgabekurs der neuen Aktien ist seitens der Generalversammlung auf nicht unter pari festgesetzt. Der Aufsichtsrat ist zur Festsetzung der Modalitäten der Ausgabe der neuen Aktien ermächtigt. Die Ausgabe neuer Aktien kann für einen höheren als den Nennbetrag erfolgen. Der Vorstand besteht nunmehr nach der Bestimmung des Aufsichtsrates aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Alle die Gesellschaft verpflichtenden Erklärungen müssen: 1. wenn der Vorstand aus einer Person besteht, von dieser allein oder von zwei Prokuristen, 2. wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, entweder von zwei Mitgliedern desselben, oder von einem Mitgliede und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen abgegeben werden. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen bezüglich der Vertretungsbefugnis den ordentlichen Mitgliedern gleich.

Die Kaninchen-Ausstellung, welche vom hiesigen Kaninchenzüchterverein gestern und heute in Kiels Restaurant veranstaltet war, hatte sich am Sonntag eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die Beschickung der Ausstellung seitens der Züchter war außerordentlich stark. Besondere Bewunderung erregten namentlich die belgischen Riesenkaninchen, die durch wahre Prachtexemplare vertreten sind. Doch auch die anderen Arten brauchen die Konkurrenz nicht zu scheuen. Für die besten Gesamtzuchtleistungen waren wertvolle Ehrenpreise ausgesetzt; den ersten derselben erhielt Herr M. Walter, den zweiten Herr Fritze, den dritten Herr Deponte. Außer den Kaninchen waren auch Erzeugnisse aus Kaninchenfellen, sowie Futter und Krippen ausgestellt.

pb. **Diebstähle.** Vom Flur eines Hauses der Alfstraße wurde ein in einer Pappschachtel aufbewahrter Damenhut, sogenannter Plümhut aus schwarzem Filz in Glockenform mit breiter seidener Schleife gestohlen. Das Futter des Hutes trägt die Firma „Rud. Karstadt". — Aus einem im Erdgeschoß belegenen Zimmer eines Hauses der Marlesgrube wurden am Sonnabend, den 24. d. Mts. mittags ein Paar neubesohlte Herren-Zugstiefel gestohlen. Beide Stiefel haben an der Innenseite einen kleinen Riester. Als Dieb kommt ein Bettler mit grauem Bart und grauer Jockeymütze in Frage.

pb. **Kleines Schadenfeuer.** Am Sonntag, den 25. ds. Mts., morgens gegen 8 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Cronsforder Allee Nr. 80 gerufen, woselbst durch überkochen von Teer in einer Küche ein kleines Feuer entstanden war, das von den Hausbewohnern im Entstehen gelöscht werden konnte, so daß die herbeigekommene Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Gebäudeteile wurden vom Feuer nicht ergriffen. Der entstandene Schaden ist nur gering.

Die Ringkampf-Konkurrenz im Hansa-Theater erfreut sich stets wachsender Anteilnahme seitens des Publikums. Am Sonnabend rangen zunächst Hitzler-Deutschland gegen Boucher-Frankreich. Der interessante Kampf mußte nach einer Dauer von 30 Minuten abgebrochen werden. Zu Äußerungen lebhaften Unwillens im Publikum kam es, als der Belgier Sabatier dem Armenier Madralli mit unerlaubten Griffen zu Leibe ging. Schließlich siegte Sabatier. Der letzte Kampf dauerte nur 1½ Minuten und brachte dem Steyermärker Reiber den Sieg über Felgenhauer-Berlin.

Helmuth Pfund, der tüchtige jugendliche Liebhaber des Wilhelm-Theaters, hat am Mittwoch abend sein Benefiz und verabschiedet sich gleichzeitig vom Lübecker Publikum. Der Künstler spielt den Romeo in Shakespeares Liebestragödie „Romeo und Julia", eine Wahl, die nur zu begrüßen ist. Die Julia wird von Frl. Hartmann gegeben, während Herr Koch aus Lübeck, der im vorigen Winter am Stadthallen-Theater mit vielem Erfolg aufgetreten ist, die Rolle des Paris übernommen hat. Wir machen auf diese Vorstellung besonders aufmerksam und wünschen Herrn Pfund ein volles Haus.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Zum Benefiz des verdienstvollen Oberregisseurs Herrn Niemeier geht Dienstag eine Doppelvorstellung in Szene; zuerst gelangt das amüsante Lustspiel: „Eine Partie Piquet" zur Aufführung, dann folgt das interessante Schauspiel „Trilby", worin Herr Niemeier den Svengali spielt. Mittwoch wird Ibsens „Nora" oder „Ein Puppenheim" letztmalig wiederholt, und zwar kostet an diesem Tage jeder Platz des Theaters 50 Pfg., was gewiß mit Freuden begrüßt wird.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Otto Erich Hartlebens „Rosenmontag" muß mit der morgigen Aufführung vom Spielplan verschwinden, da der Träger der Hauptrolle, Helmuth Pfund, am Mittwoch schon zum letzten Male auftritt, um sein Engagement am Stadttheater in Düsseldorf anzutreten. Donnerstag ist die zweite Aufführung von Maxim Gorkis „Nachtasyl" vorgesehen.

-r. **Schwartau.** Arbeiterrisiko. Am Sonnabend vormittag gegen 12 Uhr verunglückte der seit 18 Jahren auf dem Tremser Eisenwerk beschäftigte Arbeiter Kühl an der Stanze. Es wurden demselben drei Finger der rechten Hand vollständig zerquetscht. Der Verunglückte wurde sofort dem Allgemeinen Krankenhause in Lübeck zugeführt.

Eutin. Das böse Wetter. Schwer klagen die Landwirte über das fortgesetzte schlechte Wetter. Ihnen schließen sich die Gastwirte an. Aus Eutin wird dem „Pl. Wchbl." folgendes geschrieben, das die Lage deutlich kennzeichnet: Für viele Berufszweige des Fürstentums Lübeck wird dieser Sommer große pekuniäre Verluste bringen. Ursache: das äußerst schlechte Wetter. Es regnet den ganzen Tag, Sonntags und Werktags. Der Regen wird nur noch durch gelegentliche Hagelschauer unterbrochen. Die Folge ist natürlich, daß diejenigen Bezirke, die vom Fremdenverkehr leben, mit großen Einnahmeausfällen zu rechnen haben. Unsere Bäder und Sommerfrischen werden seit langem keinen so schlechten Sommer gehabt haben wie heuer. So

erzählte der Besitzer eines großen Hotles, die Einnahme im Monat Juni habe noch nicht ein Drittel des Durchschnitts anderer Jahre erreicht. Auch unsere Landwirte haben unter der schlechten Witterung sehr zu leiden. Das Korn ist in überreichem Maße gewachsen. Aber seine Bergung erscheint nicht nur außerordentlich erschwert, sondern das Korn hat auch an Qualität viel verloren. Einige Landwirte waren so unvorsichtig, ihr Korn auf Lieferung zu bestimmten Terminen zu verkaufen. Sie haben diese Termine nicht einhalten können und müssen Konventionalstrafen bezahlen. Gartenbesitzer klagen sehr, daß ihnen die Früchte verderben. An eine Pflaumen- oder Gurkenernte ist nicht zu denken. Bohnen und Erbsen verderben auf dem Busch. Das schlimmste ist, daß bei einer Fortdauer der ungünstigen Witterung mit einer schlechten Kartoffelernte gerechnet werden muß. Es ist zum Verzweifeln!

Kiel. Eine ungeheuerliche Drohung lassen die vereinigten Scharfmacher vom Stapel. Sie kündigen an, daß sie zur Niederwerfung des Streiks der Lagereiarbeiter eine Generalaussperrung so ziemlich sämtlicher gewerblicher Arbeiter vorzunehmen gedenken. In der „Kieler Zeitung" lesen wir darüber: Am Donnerstag, den 22., fand im Innungshause Harmonie eine vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Kiel einberufene Versammlug statt, die von 82 Vertretern der Vorstände folgender Korporationen besucht war: Direktorium und Ausschuß des Arbeitgeberverbandes Kiel, Innung Bauhütte, Vereinigung der Bauunternehmer von Kiel und Umgegend, Glaserinnung, Klempnerinnung, Malerinnung, Verein der Bau- und Nutzholz-Händler von Kiel und Umgegend, Tischlerinnung, Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Ortsverwaltung Kiel, Schuhmacherinnung, Schmiedeinnung, Töpferinnung, Vereinigung der Tiefbauunternehmer Kiels, Verein der Baumaterialienhändler Kiels und Umgegend, Vereinigung der selbständigen Bildhauer und Stukkateure Kiels, Bäckerinnung, Stellmacherinnung, Böttcherinnung; Vereinigte Holzbearbeitungsfabriken von Kiel und Umgegend, sowie eine ganze Reihe den Fachverbänden nicht angehörenden Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel. Nach zweieinhalbstündiger eingehender Beratung nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Versammlung des Direktoriums und des Ausschusses des Arbeitgeberverbandes Kiel unter Hinzuziehung der Vorstände sämtlicher Kieler Innungen und sonstigen Arbeitgeberkorporationen und der denselben fernstehenden Unternehmer beschließt einstimmig: Das Vorgehen des Vereins der Bau- und Nutzholzhändler von Kiel und Umgegend, ihre Betriebe für den Verkauf von Holzwaren aller Art eventuell zu schließen, wird gebilligt; die Versammlung ist der Ansicht, daß die fortwährenden, von den Arbeitnehmern ausgehenden Beunruhigungen in den einzelnen Gewerben in hohem Maße geeignet sind, die Allgemeinheit, wie alle Gewerbetreibenden erheblich zu schädigen. Es ist daher die einstimmige Ansicht der Versammlung, daß energische Maßregeln ergriffen werden müssen, um dem schädigenden Treiben der Arbeitnehmer entgegenzutreten. Der richtigste Weg hierzu ist, daß die sämtlichen Arbeitgeber Kiels die zur Abwehr geeigneten Mittel und Wege gemeinsam ergreifen. Die Versammlung beschließt ferner einstimmig, daß, wenn die Holzhandlungen ihre Geschäfte wegen Mangels an Leuten nicht offen halten können und dadurch das übrige Gewerbe in die Lage kommt, ihre Arbeiten einstellen zu müssen, ihre Arbeiter zu entlassen. Die Versammlung ist sich der Tragweite dieses Beschlusses bewußt und glaubt deshalb richtig zu handeln, den endgültigen Beschluß in einer Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes Kiel zu fassen. Das Direktorium wird beauftragt, zum Montag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, besagte Versammlung einzuberufen und die Angelegenheit zur Beschlußfassung zu bringen."

Die „Kieler Zeitung", die sich erst kürzlich zu einer Ablagerungsstätte der Verleumdungsprodukte des Reichslügenverbandes degradiert hatte, stellt auch diesen ungeheuerlichen Mitteilungen ihre Spalten zur Verfügung, ohne ein Wort der Kritik über das gemeingefährliche Treiben der vereinigten Scharfmachercliquen zu riskieren. Und doch dürfte kaum je in Deutschland wegen eines nichtigeren Anlasses eine ähnliche, für das Wirtschaftsleben einer großen Stadt, für die Existenz zahlreicher Familien ruinösere Maßregel von einem größenwahnsinnigen Scharfmachergehirn ausgeheckt worden sein, als diese. In einem gewerblich eng umgrenzten Gebiet legte wegen minimaler Lohnforderungen, als sie keinen anderen Ausweg sah, eine verhältnismäßig wenig zahlreiche Arbeiterkategorie die Arbeit nieder, und nun schließen sämtliche Arbeitgeber des Bezirks ein Komplott und gehen daran, die zehnfache Anzahl von Arbeitern, die mit jener Arbeiterkategorie und ihrer Lohnforderung nicht das geringste zu tun haben, aufs Straßenpflaster zu werfen. Wenn es je eine qualifizierte Erpressung gegeben, hier liegen die Tatbestandsmerkmale einer solchen in flagrantem Maße vor!

Hamburg. Streik der Schiffer, Maschinisten und Decksleute im Hafenschlepp- schiffahrtsbetriebe. Die ablehnende Haltung der Schleppschiffahrtsbetriebe gegenüber den Forderungen der Maschinisten und Schiffer hat nunmehr dazu geführt, daß fast der gesamte Betrieb der Hamburger Bugsier- und Schleppschiffahrt still gelegt worden ist. Die wesentliche Schuld an der abermaligen Störung des Hafenbetriebs dürfte wiederum den Scharfmachern zuzuschreiben sein, die im Hafenbetriebsverein ihr Unwesen treiben und jedem verständigen Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern abhold sind. Den Herren ist es aber bei ihrem Spiel offenbar nicht ganz wohl, denn die Schiffer und Maschinisten lassen sich nicht durch herangeschlepptes Lumpengesindel aus England, Holland und dem Binnenlande ersetzen, so daß der Streik sich im Hafenbetrieb recht fühlbar macht, obgleich die Unternehmer auch hier wieder in dreister Weise die gesetzlichen Bestimmungen mißachten, um notdürftig den Betrieb aufrecht zu erhalten. Man will die Seeschiffe ohne Beihilfe von Schleppern verholen, trotz den damit verbundenen Gefahren. Die bescheidenen Forderungen der Streikenden laufen auf einen Mindest-Wochenlohn von 36 Mk. bei einer täglichen Arbeitszeit von 6—6 Uhr, 1½ Stunden Mittagspause, 1 Mk. für Überstunden, eine Woche Urlaub pro Jahr, Schaffung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben und Anerkennung des Arbeitsnachweises der in Frage kommenden Organisationen hinaus. Die Arbeitgeber wollen nur 35 Mk. Mindest-Wochenlohn bei einer Arbeitszeit von 6—7 Uhr bewilligen, lehnen die 1½ Stunden Mittagspause ab, wollen aber für das Durcharbeiten in der Mittagspause 1 Mk. zahlen, für Überstunden von 7—10 Uhr 60 Pfennige, nachher 70 Pfennige, d. h. 10 Pfennige mehr als bisher, Urlaub für Maschinisten und Schiffer nach dreijähriger Dienstzeit nach Möglichkeit. Die Bewegung der Gasarbeiter ist beendet. Mehrmalige Verhandlungen zwischen der Deputation für das Beleuchtungswesen und den Arbeiterausschüssen der Gasarbeiter führten zu einem Ausgleich, der in folgendem Bescheid seinen Ausdruck findet: „Den Arbeiterausschüssen der Gaswerke wird hiermit im Anschluß an die gestrige Besprechung bestätigt, daß unter der Voraussetzung, daß von den Arbeitern der Gaswerke die Arbeit im kommenden Winter nicht niedergelegt wird, die Deputation für das Beleuchtungswesen beschlossen hat: 1. die achtstündige Schichtdauer für Retortenhausarbeiter (Schichtarbeiter) aller drei Gasanstalten am 1. Februar 1908 einzuführen, 2. die Einführung einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für die sonstigen Arbeiter zum 1. April 1908 zu befürworten, 3. eine Erhöhung der Löhne für die jetzt mit 4,10 Mk. bis 4,40 Mk. entlohnten Arbeiter um 20 Pfg. für den Tagelohn ebenfalls vom 1. April 1908 zu befürworten. 4. denjenigen Arbeitern der Gaswerke, deren Kleidung durch den Dienst einer besonders starken Abnutzung ausgesetzt ist, staatsseitig Arbeitskleidung und Schuhwerk für den Dienst zu liefern." Mit diesem Resultat beschäftigte sich eine Versammlung der Gasarbeiter. Einstimmig wurde beschlossen, das Angebot der Deputation zu akzeptieren. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, im Sinne der beschlossenen Resolution die Deputation zu benachrichtigen. Das geschah in nachstehendem Schreiben: „Der Deputation für das Beleuchtungswesen zur gütigen Kenntnisnahme: Die Arbeiterschaft in den Gasanstalten ist bereit, unter in den in dem vom 23. d. Mts. datierten Bescheid der Deputation gestellten Bedingungen das Arbeitsverhältnis auch weiter in friedlicher Weise aufrecht zu erhalten. Es ist aber von der Arbeiterschaft der Hoffnung Ausdruck verliehen worden, daß die Deputation die in dem angezogenen Antwortschreiben unter 2 gemachte Zusage, für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu wollen, soweit einlöst, daß sie der täglich neunstündigen Arbeitszeit das Wort redet. Weiter interpretiert die Arbeiterschaft den erhaltenen Bescheid, soweit derselbe eine Befürwortung höherer Löhne in Aussicht stellt, dahin, daß der Anfangslohn für die niedrigst entlohnte Gruppe auf 4,30 Mk. pro Tag kommen und alle anderen Nichtschichtarbeiter eine dementsprechende Lohnerhöhung ebenfalls erhalten sollen."

Hamburg. Ein Großfeuer bei Nathan, Philipp u. Co., Steinwärder, hat das eine äußere der drei zusammenhängenden, massiven Gebäude des Mühlenbetriebs für Erze und Phosphate mit den Vorräten und Maschinen fast ganz zerstört, und nur die außerordentlichen Anstrengungen der Feuerwehr haben es bewirkt, daß die Feuersbrunst nicht den hinteren Teil des Mittelgebäudes, in dem die große Maschinenanlage untergebracht ist, mit verheert hat. — Die Revision der Tatenberger Mörder verworfen. Das Reichsgericht hat die Revision des Bäckers Georg Güttich, der am 24. Juni vom Schwurgericht Hamburg wegen Raubes und Totschlages zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, und die Revision des Mitangeklagten Güssefeld, der wegen Raubes zwölf Jahre Zuchthaus erhalten hat, verworfen. — — Ein konsequenter „Glaubensstreiter". Der zur religiösen Sekte der „Adventisten" gehörende Musketier Mügge von der 2. Kompagnie des 31. Regiments in Altona ist schon wiederholt disziplinarisch und kriegsgerichtlich wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung bestraft worden, weil er aus religiösen Gründen jede Dienstleistung in der Zeit vom Freitag abend bis Sonnabend abend verweigert. Auf die diesbezüglichen Befehle antwortet Mügge stets: „In der Bibel steht geschrieben: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen". Sonst wird dem M. das Zeugnis eines guten und folgsamen Soldaten ausgestellt. In konsequenter Befolgung seiner „religiösen Pflichten" setzt der temporäre „Antimilitarist" die Gehorsamsverweigerungen auch im Festungsgefängnis fort, weshalb ihm erst vor einiger Zeit vier Monate Gefängnis zudiktiert worden sind und jetzt ist er, wie dem Regiment mitgeteilt worden ist, wegen derselben militärischen Straftat zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Unter diesen Umständen ist die Dienstzeit Mügges gar nicht abzusehen. Während seiner zehnmonatigen Militärzeit sind ihm nun insgesamt sechzehn Monate Gefängnis zuerkannt worden.

Bremen. Einen schrecklichen Tod fand ein Arbeiter aus der Neustadt. Er wollte abends, bevor er sich zu Bett legte, noch Petroleum auf eine brennende Lampe gießen, dabei geriet seine Kleidung in Brand. Auf sein Geschrei eilte seine Frau aus einem andern Zimmer herbei und riß ihm das brennende Zeug vom Leibe; doch war er so stark verbrannt, daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo er bald nach der Aufnahme gestorben ist. Dieser Fall mahnt wieder, beim Umgehen mit Petroleum die größtmöglichste Vorsicht zu üben.

Rostock. Der Preuße kommt. Anschluß der mecklenburgischen Eisenbahnen an die preußisch-hessische Gemeinschaft? Über Berlin wird gemeldet: In Schwerin sind, wie offiziös verlautet, Verhandlungen eingeleitet zwecks Anschluß der mecklenburgischen Staatseisenbahnen an die preußisch-hessische Staats-Eisenbahngemeinschaft. Dazu bemerkt die „Meckl. Volkszeitung": So verschrieen — mit Recht! — im übrigen Deutschland der Bureaukratismus und die sonstige Wirtschaft Preußens ist, für Mecklenburg bedeuten sie immerhin noch einen Fortschritt. Traurig, aber wahr!

Bant. „Polizeiwidrig." Ob der Ausdruck „polizeiwidrig" eine Beleidigung ist, wenn er einem Schutzmann gegenüber angewandt wird, darüber hatte am Donnerstag das Landgericht Oldenburg i. Gr. zu entscheiden. Angeklagt war der Genosse Metze als verantwortlicher Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes" in Bant. Ein Landmann war in Wilhelmshaven von der falschen Seite in eine Straße gefahren, die seither nur von der entgegengesetzten Seite befahren werden durfte. Er setzte seiner Verhaftung Widerstand entgegen und wurde gewaltsam zur Wache gebracht. In der Zeitungskritik dieser Festnahme ist das Wort polizeiwidrig gebraucht und dieserhalb stellte der landrätliche Hilfsbeamte des Landrats Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung. Nach der umfangreichen Zeugenvernehmung beantragte der Staatsanwalt 100 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, auf die auch das Gericht erkannte und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegte. — Eine weitere Verhandlung gegen den Genossen Metze führte zu seiner Verurteilung zu einem Monat Gefängnis. Im Dezember vorigen Jahres übernahm er einen längeren Artikel aus der „Brauereiarbeiter-Zeitung", der sich mit der Verurteilung zweier Genossen in Norden beschäftigte, die anläßlich des Boykotts der Firma Doornkaat wegen Vergehens gegen die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung vom Schöffengericht Norden zu 6 resp. 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden waren und die Überschrift „Die blinde Göttin Justitia" trug. Obwohl auf die eingelegte Berufung die beiden Genossen von der Strafkammer Aurich freigesprochen wurden, stellte der Präsident des Landgerichts Aurich doch Strafantrag wegen des dem Schöffengericht Norden in dem Artikel gemachten Vorwurfs der parteiischen Rechtsprechung. Nach Verlesung beider Gerichtsurteile beantragte der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger plädierte für eine Geldstrafe. Schließlich erkannte das Gericht auf obige Strafe und Publikationsbefugnis, weil der Vorwurf der Parteilichkeit der schwerste sei, der einem Gericht gemacht werden kann.

Flensburg. Liebesdrama. Ertränkt hat sich hier ein junges Liebespaar, und zwar der 20jährige Landmannssohn Steensen von Stedesand bei Leck und die 24jährige Lilli Adolf aus Aachen. Als Abschiedsgruß übersandten die Lebensmüden den Zopf der Braut an die Aachener Verwandten. Ehehindernisse sollen der Grund zu der schauerlichen Tat sein. Die Leichen wurden bis jetzt nicht gefunden, während das Boot, von dem aus die Unglücklichen in die Föhrde gingen, leer angetrieben wurde.

Hadersleben. Gegen die Versöhnungspolitik. Zu den letzten Vorgängen in Nordschleswig haben nun die freikonservativen Landtagsabgeordneten Schles[illegible] Vereins in einer Erklärung Stellung genommen. Darin [illegible] sagt, daß die Unterzeichner bereit sind, die nordschles[illegible] Minister zu unterstützen und im Landtage solche [illegible] Anregung zu bringen, die dem Deutschtum [illegible] nationalen Anforderungen und dem geschichtlichen [illegible] entsprechende „Vorherrschaft" im eigenen Deutschland sollen. Es wird zugleich die sichere Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung „stark und konsequent" sein und ohne Schwäche und Schwanken ihre Pflicht tun wird. Eine Versöhnungspolitik ist so lange nicht angängig, als nicht von dem dänisch gesinnten Teile der Bevölkerung Nordschleswigs der Vertrag vom 11. Januar 1907 tatsächlich und in allen seinen Konsequenzen anerkannt wird. Diese „Erklärung" ist ein einziges Mißtrauensvotum gegen den Oberpräsidenten von Bülow, mit dessen Amtsantritt die „Versöhnungs"politik verknüpft war. Das schönste aber ist, daß Bülow selber früher freikonservativer Landtagsabgeordneter war.

An die Parteigenossen der Provinz Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck.

Der diesjährige Provinzialparteitag findet am Sonntag, den 1., und Montag, den 2. September, zu Altona in „Wulfs Etablissement", Gr. Bergstraße 27, statt. Die Verhandlungen beginnen am 1. September, vormittags 11 Uhr. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Tagesordnung. Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer solchen zur Prüfung der Jahresabrechnung.
2. Bericht der Agitations-Kommission. Berichterstatter: Fr. Bartels.
3. Etatsberatung.
4. Bericht über die Presse.
5. Bericht der Kommunalprogramm-Kommission. Referent: Ed. Adler.
6. Anträge und Resolutionen.
7. Wahl des Sitzes und des Vorsitzenden der Agitations-Kommission.
8. Bestimmung des Ortes für den nächsten Provinzialparteitag.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen, sind bis spätestens zum 11. August an uns einzusenden.

Die Wahlen der Delegierten erfolgen nach den statutarischen Bestimmungen der betreffenden Wahlkreisorganisationen.

Die Delegierten werden ersucht, uns von ihrer erfolgten Wahl rechtzeitig Mitteilung zu machen. Auch Wünsche betreffend Logis usw. können dieser Mitteilung beigefügt werden.

Besondere diesbezügliche Wünsche und Anfragen sind jedoch an den Obmann des Lokalkomitees

W. Sievert, Altona, Gustavstraße 25, I.

zu richten.

Die Mandatsformulare werden nach erfolgter Meldung von seiten der Agitations-Kommission zugestellt.

Altona, Viktoriastr. 82, den 8. Juli 1907.

Die Agitations-Kommission.

Lübecker Marktpreise vom 24. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,30 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,25 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stck. 1,10—1,20, Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stck. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,10—0,25 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter — Pfg. — Schleie Pfd. 1,40 Mk. Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Sternschanz-Viehmarkt
24. August.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2157 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —65 Mk., leichte 64½—65 Mk., Sauen 56—60 Mk. und Ferkel 62—64 Mk. pro 100 Pfund.

Getreidepreise.

Lübeck, 24. August.

Weizen, 127—132 Pfd. holl. —,— Mk. **Roggen** 115—124 Pfd. holl. 170—190 Mk. **Hafer** nach Qualität 190—200 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 165—180 per 1000 Kilo.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder“.** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

A. & V.
Mittwoch abends 8¾ Uhr im Vereinshaus.

D. M. V.
Komitee-Sitzung
am Dienstag, den 27. August 1907
abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

S. V. St.
und Umgegend.
Dienstag, den 27. August 1907
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau-Fackenburg.

Ein Laufmädchen für die Nachmittagsstund. gesucht. Falkenstraße 6. I.

Gesundes, freundliches Mädchen f. einige Morgenstunden gesucht. Näheres Glandorpstraße 34, II.

Schuhmachergeselle gesucht. Fünfhausen 14.

Zweizimmerwohnung v. ruh. Leuten zum 1. Oktober gesucht. Angeb. unter **W.G.** an die Exped. d. Bl.

Billig zu verk. mehrere Sofas Königstraße 28.

Reparatur von emaill. Töpfen Schwartauer Allee 121/4.

Ein fast neuer Stall mit vier Eimerclosetts zum sofort. Abbruch billig zu verkaufen. Fünfhausen 14.

Ein neues zweischläfriges Bett und ein gebrauchtes Bett billig zu verkaufen. St. Annenstraße 12.

Ein gut erhalt. Fahrrad ist preiswert zu verkaufen. Näheres Cronsf. Allee 65a, I.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meierei-Butter kostet Pfund 1,30 Mark.

Oeffentliche Ausschreibung

für die Vergebung der Erdarbeiten zum Neubau der
Lübecker Vereins-Brauerei
auf dem Gelände an der Moislinger Allee bei der Ziegelei Buntekuh gelegen.

Die Unterlagen sind von den unterzeichneten anleitenden Architekten gegen eine Schreibgebühr von Mk. 0,40 zu beziehen.

Offertabgabe bis Sonnabend, den 31. Aug., mittags 12 Uhr im Geschäftszimmer der Lüb. Vereins-Brauerei G. m. b. H., Breitestr. 53, I.

Lübeck, den 24. August 1907.

Schöß, Schöß & Redelstorff,
Architekten,
Lübeck, Mengstraße 10.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Hüxstraße 12

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck

Einladung zum

14. Stiftungs-Fest

verbunden mit turnerischen und humoristischen Aufführungen

am Sonntag, den 1. Septbr. 1907

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50–52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Pr. fetten Speck Pfd. 80 Pf.
Pr. mageren Speck Pfd. 80 Pf.
bei Abnahme von 4 Pfd. pr. Pfd. 75 Pfg.
Prima weißes Schmalz per Pfund 70 Pfg.
Prima Kuheuter . . . Pfund 50 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 27. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Willers über „Die Arbeitsnachweisfrage“.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen
und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
(Filiale Lübeck)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 27. Aug.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Thema: **„Wir müssen kämpfen und siegen.“**
   Referent: Kollege **Birkholz**-Hamburg.
2. Stellungnahme zu der am 15. Septbr. d. J. stattfindenden Konferenz des IV. Agitationsbezirks.
3. Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung

der weiblichen Mitglieder
am Dienstag, den 27. August 1907
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Frau Dr. Schlomer über „Agitation unter den Frauen“.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Kaninchenzuchtverein für Lübeck

Gewinnliste der Tombola.

7	16	33	53	74	110	165
179	188	195	246	256	290	339
372	374	418	419	474	535	562
577	594	629	676	689	701	705
716	743	752	769	826	827	831
836	842	861	904	950	975	1032
1036	1058	1093	1144	1179	1216	1217
1289	1303	1338	1348	1355	1363	1371
1401	1418	1421	1423	1443	1460	1491
1506	1537	1545	1548	1551	1603	1621
1644	1671	1679	1741	1757	1777	1812
1820.						

Die Gewinne sind bis spätestens Dienstag, den 27. August, abends, in Kiels Etablissement abzuholen.

Die Ausstellungsleitung.

Hansa-Theater

Heute Montag, 25. August:
11. Tag der
II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz
ringen:

Hitzler Deutschland. — **Reiber** Steiermark.
M. Memedoff Türkei. — **Petlivan** Türkei
gegen

Entscheidungskampf
R. Raicevich Dalmatien. gegen **Sabatier** Belgien.

Dieser Kampf, welcher Freitag nach 45 Minuten als unentschieden abgebrochen wurde, wird heute abend bis zur vollsten Entscheidung ausgetragen.

Vorher: **Spezialitäten-Teil.**
Vorverkauf bei **Sager.**

Wilhelm-Theater.

Dienstag, 8 Uhr. 83. Abonn.-Vorstell.
Zum letzten Male:
Otto Erich Hartleben's
Rosenmontag.
Eine Offiziers-Tragödie in 5 Akten.
Mittwoch: **Benefiz für Helm. Pfund**
Romeo und Julia.

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Ludwig Piorkowski.**

Dienstag, 8 Uhr: 69. Abonn.-Vorstellung.
Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.
Benefiz für den Oberregiss. Niemeier.
Eine Partie Piquet.
Lustspiel in 1 Akt von Fournier u. Meyer.
Hierauf:
Trilby.
Schauspiel in 4 Akten von Potter.
Mittwoch:
Jeder Platz 50 Pfg.
Letzte Wiederholung von Ibsens
Nora
oder Ein Puppenheim.
Donnerstag: Der Zigeunerbaron.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 198. Montag, den 26. August 1907. 14. Jahrg.

Jugend.

Ein Zeichen dafür, daß sich der Sozialismus auch der Jugend mehr und mehr bemächtigt, bietet die im Anschluß an den Internationalen Kongreß stattfindende Jugendkonferenz. Ähnliche Konferenzen haben bereits in Paris 1900 und in Amsterdam 1904 getagt, ohne zu einer internationalen Verbindung zu führen. Erst die in den letzten Jahren in allen Ländern aufblühenden Jugendorganisationen brachten diesen Gedanken der Verwirklichung näher, und auf der vorjährigen deutschen Jugendkonferenz in Mannheim wurde ein internationales Bureau vorläufig gebildet, welches die Vorbereitungen zu einer umfassenderen Internationalen Konferenz treffen sollte.

Es zeigte sich, daß sich die Keime zu machtvollen Jugendorganisationen in allen Ländern entfalteten, wo eine kapitalistische Wirtschaftsweise dem jungen Proletarier die gleichen Leiden und Lasten auferlegt. Lasten und Leiden mannigfacher Art, geistige Verkümmerung infolge mangelhafter Volksausbildung, die überall, bald in dieser bald in jener Art, die im Kinde liegenden Fähigkeiten verkümmern läßt. Frühzeitig, oft bereits während der Schulzeit, wird das Kind in die Fron der schwersten Arbeit gesteckt, zu einer Zeit, die dem heitern Spiel, dem Frohsinn und der geistigen Entwicklung geweiht sein sollte. Für das Proletarierkind ist vielfach die so oft besungene schöne glückliche Jugendzeit ein Märchenbild. Auch die Zeit der gewerblichen Ausbildung für einen Lebensberuf, die Lehrzeit, bringt ihm lange Arbeitszeit, schwere Arbeit, oft schlechte Behandlung in Hülle und Fülle.

Da galt und gilt es denn, in den Jugendorganisationen etwas zu schaffen, für Bildungsmöglichkeit, Frohsinn und schöne Geselligkeit Sorge zu tragen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der ersten internationalen Tagung der Jugendlichen ein umfassender Bericht* über die bisherige Tätigkeit dieser Organisationen vorliegt. Aus diesem Bericht geht hervor, daß ein wertvolles Stück Aufklärungsarbeit für den Sozialismus geleistet wurde, unter Schwierigkeiten mancherlei Art.

Wie jede junge Bewegung, so hatten auch diese Jugendorganisationen schwere Kämpfe zu bestehen. Ihre Vereine wurden aufgelöst, die Leiter, Teilnehmer, wie in Spanien beispielsweise, mit schweren Gefängnisstrafen belegt, die Meister gegen die Lehrlinge mobil gemacht, und was die herrschenden Mächte noch sonst für Mittel zur Verfügung haben, wurde angewendet. Doch so leicht läßt die Jugend sich nicht abschrecken, immer wieder trat sie zu neuen Arbeiten zusammen, und so haben es denn einzelne Organisationen zu stattlichen Mitgliederzahlen gebracht. Obenan steht Schweden mit 17 000, darunter 3400 weibliche Mitglieder, ihm folgt Belgien mit 13 000, Deutschland mit 6800, deutsche und tschechische Organisation in Österreich 7700, Italien 5000, Großbritannien mit 3200 Mitgliedern usw. Im ganzen gibt der Bericht eine Gesamtmitgliederzahl von 59 225 an.

Weiter zeigen die einzelnen Berichte der verschiedenen Länder als gemeinsames Ziel der Jugendvereinigungen: die kulturelle, sozialistische Erziehung der arbeitenden Jugend. Und zwar sind es mannigfaltige Mittel und Bestrebungen, durch welche die große Aufgabe gelöst werden soll. Je nachdem in den einzelnen kapitalistischen Ländern die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Besonderheiten aufweisen, bilden bei den Organisationen der Jugendlichen Bildungsfragen, Lehrlingsschutz und antimilitaristische Propaganda die Hauptaufgaben.

Es sei einiges angeführt aus denjenigen Ländern, in denen die Bewegung besonders charakteristische Merkmale aufweist, um aus diesen Erfahrungen, guten und schlechten, eine Lehre zu ziehen für unsere deutsche Jugend. In Belgien befanden sich die Jugendvereinigungen bis vor kurzem stark im anarchistischen Fahrwasser und trugen ein fast ausschließlich antimilitaristisches Gepräge, welches sich aus der eigenartigen Organisation des belgischen Heeres erklärt, aus der Tatsache, daß „das Heer fast ausschließlich auf den „inneren Feind" dressiert ist. Zahlreich sind die Flugschriften, die in diesem Sinne verbreitet wurden. Doch, seitdem im Jahre 1902 die belgische Partei im 2. Wahlrechtskampfe eine Niederlage erlitt, mehren sich die Stimmen, die eine sozialistische Bildung der Jugend mehr betonen, und mit Hilfe des Genossen Anseele wurden 1903 in Gent Bildungsvereine gegründet. Seitdem sind auch die stark anarchistischen Neigungen mehr zurückgetreten und mancher Parteigenosse, der in der belgischen Parteibewegung einen Vertrauensposten begleitet, hat in diesen Bildungsinstituten seine Ausbildung erfahren.

In Österreich ist es hauptsächlich die furchtbare Ausbeutung der Lehrlinge gewesen, die zur Gründung von Jugendorganisationen führte. Der Kampf um die Gewerbeschulreform, vor allem für die Beseitigung des Abend- und Sonntagsunterrichts nahm einen großen Raum ihrer Tätigkeit ein und wurde von der Partei lebhaft unterstützt in Versammlungen, in der Parteipresse und im Parlament, sowie überhaupt die Stellung der Partei zu diesem „Verband der jugendlichen Arbeiter" durchaus sympathisch war. Mit dem Erfolg dieses Kampfes können die Jugendlichen vorläufig zufrieden sein, erreichten sie doch, daß der Wiener Gemeinderat auf Anraten der Regierung sich bereit erklärte, den Abendunterricht abzuschaffen, allerdings unter Beibehaltung des Sonntagsunterrichtes. Eine Lehrlingskommission hat für die Überwachung der Schutzgesetze, vor allem des Verbotes der Nacht- und Sonntagsarbeit, Sorge zu tragen und hat hier in erfreulicher Weise gewirkt. Eine Zentralstelle für Lehrlingsschutz gewährt den Lehrlingen unentgeltlichen Rechtsschutz. Für Verbesserung der Gewerbeordnung wird ein lebhafter Kampf geführt. Geschickt abgefaßte aufklärende Artikel im „Jugendlichen Arbeiter" über den Militarismus ersetzen eine spezielle antimilitaristische Propaganda. Neben dieser mehr wirtschaftlichen Tätigkeit der Vereine läßt man sich aber auch die geistige Förderung der Mitglieder sehr angelegen sein. Während der Sommer den Ausflügen, Massenbesuchen usw. vorbehalten bleibt, sorgen im Winter zahlreiche Vorträge und die Bibliotheken für die Bildung der Mitglieder. Eine aufgenommene Statistik lehrt, daß alle Vereine Bibliotheken besaßen oder aber diejenigen anderer Organisationen benutzen durften, daß in den verschiedenen Ortsgruppen vom Januar 1903 bis September 1904 268 Diskussionen, 654 Vorträge und 268 Ausflüge veranstaltet wurden. Die Vorträge behandelten Sozialismus 183, Geschichte 145, Literatur 117, Gesundheitslehre 96, Gewerbliches 113. Bemerkenswert sind weiter die Festveranstaltungen, die zu Ehren Freiligraths, Herweghs, Schillers und anderer abgehalten wurden, wobei die arbeitende Jugend mit den großen Dichtern des Proletariats und der Menschheit bekannt gemacht wurden. Im Anschluß an die Schillerfeier zogen über 1000 Lehrlinge in geschlossenem Zuge nach dem Schillerdenkmal, wo ein Kranz mit einer roten Schleife niedergelegt wurde, die die Aufschrift trug: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht! Dem großen Freiheitsdichter die arbeitende, organisierte Jugend Wiens." Auch im „Jugendlichen Arbeiter" werden vielfach biographische Artikel mit Illustrationen über die großen Denker und Freiheitskämpfer gebracht, so erschienen bis jetzt Goethe-, Heine-, Ibsen-, Lassalle-, Engels-, Marx-, Owen-, Münzer-, Darwin-Nummern usw.

Interessant ist auch die Geschichte der Jugendvereinigungen in Schweden, die wohl auch mit zu den ersten Gründungen zählen. Sozialistische Sonntagsschulen, Ende der achtziger Jahre gegründet zur Förderung der Bildung von Kindern und jungen Leuten beiderlei Geschlechts, waren der Ausgangspunkt, die dann später in sozialistische Jugendvereine umgebildet wurden. Ihr Zweck ist sozialistische Bildung der Mitglieder durch Wort und Bild und antimilitaristische Propaganda. Aus dem ausführlichen Bericht geht hervor, daß eine große Anzahl Schriften und Flugblätter verbreitet, meist verkauft wurden und aus dem Ertrage ein Stipendienfonds geschaffen wurde, um befähigten Leuten den Besuch einer Volkshochschule zu ermöglichen. Auch wird der Bekämpfung der Schundliteratur größte Aufmerksamkeit geschenkt und an sogenannten Märchenstunden, die Sonntags stattfinden, für die Kinder allerlei Erhebendes und Schönes, Vorlesungen, Vorträge, Musik, Kunst, Feste und Spiele usw. geboten.

Aus dem Bericht über die deutschen Jugendorganisationen ersehen wir, daß es infolge der Verschiedenheit der vereinsgesetzlichen Bestimmungen zwei verschiedene Formen der Organisationen gibt. Während der Verband junger Arbeiter in Süddeutschland (Sitz Mannheim) einen ausgesprochenen politischen Charakter annehmen konnte, verbietet dies eine reaktionäre Vereins- und Versammlungsgesetzgebung der proletarischen Jugend in Preußen, Sachsen usw. Hier hat sich die Jugend in der unpolitischen „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands" (Sitz Berlin) zusammengefunden.

Die süddeutsche Organisation wurde auf Anregung österreichischer Genossen in Offenbach a. M. 1903 gegründet, bald folgten andere Ortschaften. Der Verein gab sich nun den Namen Verband junger Arbeiter Deutschlands. Die Schaffung eines Jugendorgans beschloß eine Jugendkonferenz in Karlsruhe, mit der Redaktion derselben, „Die junge Garde", wurde Genosse Dr. Frank beauftragt. Im Anschluß an den Parteitag in Mannheim tagte die erste Generalversammlung des Verbandes, die in ihrem neuen Statut auch jungen Arbeiterinnen den Beitritt in die Organisation ermöglichte. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes beträgt 4500 Mitglieder in 730 Ortsgruppen, davon 141 weibliche. „Die Hauptaufgaben des Verbandes sind die Bildung seiner Mitglieder zu tüchtigen Kämpfern ihrer Klasse", durch Vorträge und durch belehrende Artikel in „Der jungen Garde", die eine Auflage von 6800 bereits erreicht hat. Lehrlingsschutzkommissionen nach österreichischem Muster sind in einigen Ortschaften gegründet worden, sowie überhaupt in neuerer Zeit dem Lehrlingsschutz größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn auch der Verband bisher eine besondere antimilitaristische Propaganda nicht treibt, so ist doch bei einigen Mitgliedern die Neigung vorhanden, eine solche anbahnen zu wollen.

Recht dürftig ist der Bericht der unpolitischen norddeutschen Vereinigung der freien Jugendorganisationen ausgefallen, aus dem man überhaupt nicht ersieht, wie gearbeitet wird. „Zweck des Vereins ist, die Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen und Bildungsinteressen." Das Organ, die „Arbeitende Jugend" (Auflage 5000 Exemplare), sorgt im Verein mit den Vorträgen für die Bildung der Mitglieder. Unentgeltlicher Rechtsschutz wird gewährt bei allen Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsver-

* Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Bericht des Sekretariats der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen. Leipzig, Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei, A.-G.

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Statt aller Antwort wandte sich Schodler wieder um und schritt aus der Küche nach seinem Privatgemach, ohne sich umzusehen, ob Farnkoff ihm folge. Er war ohnedies überzeugt davon. In seinem Stübchen angelangt, warf er sich auf das Sopha und schleuderte dem Kellner, der sich ohne eine Einladung abzuwarten, auf einen Stuhl niederließ, kurz und unwirsch die Frage entgegen: „Was hatten Sie wieder mit Getrud?"

Der Kellner sprang zornig auf.

„Das fragen Sie auch noch? Sie wissen ganz gut, wie mir das trotzige Geschöpf begegnet. Aber meine Geduld ist zu Ende! Entweder Sie veranlassen das Mädchen, mich als ihren Bräutigam anzuerkennen und entsprechend zu würdigen und zu behandeln, oder — ich mache ein Ende! Sie kennen meinen Charakter!"

„Ja, leider," stöhnte der Wirt.

„Mit Sentimentalitäten richtet man bei mir nichts aus, ich weiß, was ich riskiert habe und weiß, was ich dafür verlangen kann. Und leere Drohungen sind meine Worte wahrlich nicht, davon dürften Sie sich überzeugen, wenn alle Reue zu spät kommt. Ich bestehe auf sofortiger Verlobung!"

Schodler warf den Kopf auf, um eine wütende Antwort zu geben, aber sogleich sank er wieder in sich zurück. Durch sein Verbrechen hatte er diesen elendesten und erbärmlichsten aller Menschen zu seinem Herrn gemacht! Außerdem war sein Gemüt augenblicklich mit ganz anderen Dingen beschäftigt.

„Lassen wir das jetzt," sagte er seufzend. „Ich will nachher mit Gertrud sprechen —"

„Ich begnüge mich nicht mehr mit leeren Versicherungen."

Es sind keine leeren Versicherungen. Sie werden es sehen," erklärte Schodler mit finsterer Miene. „Nur schieben Sie die Frage zurück, bis eine andere, weit wichtigere gelöst ist — wer weiß, ob Ihnen überhaupt Zeit bleibt, das arme Kind je an den Altar zu zwingen und mir, es zu verkaufen —

Der Kellner fuhr verblüfft zurück.

Ist Gefahr im Anzuge? stammelte er, plötzlich den hohen Ton, den er angestimmt, fahren lassend.

„Ja, und dringende. Dieser Spitzel aus Dresden ist auf unserer Spur!"

„Unmöglich!"

„Unmöglich? Hab' ich ihn nicht vor einer Viertelstunde selber in der Schutzhütte gesehen, in welche unser geheimer Gang ausmündet? Er erklärte mir zwar, er habe sich nur dahin zurückgezogen, um sich gegen den Regen zu schützen, aber ich glaube kein Wort davon. Er schnüffelt schon seit einigen Tagen hier oben herum — und wenn ich nicht ganz irre, hörte ich auch, ehe ich die Hütte erreichte, darin klopfen."

Farnkoff biß grimmig die Zähne zusammen.

„Infamer Hund!" knurrte er, in diesem Augenblicke selber einem Bullenbeißer nicht unähnlich. „Wie kommt er auf unsere Fährte? Hat etwa Friedmann den Verräter gespielt?"

„Georg Friedmann? Der verrät uns nicht — den bände ein einziges Wort, geschweige denn ein solcher Schwur, wie er ihn geleistet. Nein, Farnkoff, wenn der reden wollte, so brauchte sein Schwager nicht mühsam nach unserem Versteck zu forschen."

„Allerdings wahrscheinlich."

Mit diesen Worten sank Farnkoff auf seinen Platz zurück und stierte vor sich hin, während der Gastwirt nervös mit seinem Daumen spielte.

„Was tun?" brach letzterer endlich das Schweigen.

„Ja, was tun?" zischelte Farnkoff, wie aus einem Traume erwachend. „Jetzt rede mir keiner mehr von weichlicher Schonung und Rücksicht. Die Losung ist jetzt: „Er oder wir!"

„Er oder wir", wiederholte eintönig der Bergschenkenbesitzer.

„Ihr habt ihn also wirklich klopfen hören?"

„Ich kann mich nicht täuschen."

„Für unseren Entschluß kommt alles darauf an, daß wir uns nicht zu unnötigen Maßregeln hinreißen lassen", fuhr der Kellner lauernd fort.

„Warum?"

„Weil diese Maßregeln nicht rückgängig zu machen sind."

Der Wirt schauderte zusammen.

„Wie meinen Sie das?"

Farnkoff lachte wild auf.

„Sie wissen es ganz gut. Einem Mund, der uns verraten will, muß die Möglichkeit genommen werden, sich zu öffnen."

„Farnkoff" — Schodler streckte in scheuer Abwehr beide Hände aus.

„Nicht? Wollen Sie lieber ins Zuchthaus wandern?"

Nein, nein —"

„Nun also!"

„Aber gibt es keinen anderen Ausweg? Es muß noch andere Mittel zur Rettung geben!" rief der Wirt verzweifelnd.

„Welche? Bitte, nennen Sie dieselben", versetzte Farnkoff mit der Ruhe des zum Sprunge bereiten Tigers.

„Flucht zum Beispiel —"

„Nicht zum Beispiel — Flucht ist in der Tat das einzige, was uns übrig bleibt. Aber halten Sie dieses Mittel für so sicher? Und für so angenehm? Wenn Sie einmal fort sind, können Sie nie wieder in Ihr Heim, Ihre Wirtschaft zurückkehren? Ihr Eigentum ist Ihnen verloren, verloren fortan jede Freude, jedes Glück."

„Freude — Glück? Als ob ich davon noch einen Hauch verspürte," klagte Schodler.

„Ein Flüchtling sein ist noch tausendmal schlimmer," murmelte Farnkoff mit funkelnden Augen. „Nirgends Halt machen dürfen, nirgends Ruhe und Sicherheit zu finden — in jedem harmlosen Menschen einen Verräter, einen Angeber, einen Polizeispion wittern — bei jedem Laut zusammenschrecken —"

„Ha," stöhnte der Wirt, im voraus bereits alle Schrecken empfindend, die Farnkoff ihm so anschaulich vor den Geist malte.

„Doch davon abgesehen — was soll aus uns anderen werden? Sie können fliehen, Sie haben Geld — aber Ihre Flucht rettet die übrigen nicht. Im Gegenteil, sie bildet einen untrüglichen Beweis gegen uns. „Nein, nein, fliehen darf niemand von uns, solange es noch ein Mittel gibt, uns zu behaupten!"

„Und dieses Mittel soll der Mord sein?" wimmerte Schodler, die Augen mit der Hand bedeckend.

„Das habe ich nicht gesagt."

„Aber gemeint —"

Der Verbrecher zuckte die Schultern.

„Notwehr," brummte er und hielt seine blitzenden Ringe gegen das Licht, als wolle er sich an den Reflexen weiden, welche die Sonne darauf hervorzauberte.

hältnis entspringen. Der Verein hat eine Mitgliederzahl von 2300 in 15 Ortsgruppen.

Diese Angaben können genügen, um einen Einblick in die Entwicklung der Jugendorganisationen der verschiedenen Länder zu gewähren. Ein guter Anfang auf diesem so wichtigen Gebiete ist gemacht und man darf dem internationalen Sekretariat der sozialistischen Jugendorganisationen dankbar sein, daß es durch Sammlung und Herausgabe der Berichte die Sache dieser Organisationen fördert. Allerdings muß zugegeben werden, daß das Sekretariat recht hat, wenn es selbst in der Einleitung zu dem Berichte erklärt, daß der Bericht auf Vollständigkeit in allen Teilen keinen Anspruch machen könne, nur die vorläufige Grundlage zu späteren gleichartigen Arbeiten sei. In der Tat wäre es von besonderer Wichtigkeit, wenn über die Tätigkeit in den Organisationen, über die Methode, welche gegenüber der Jugend zur Anwendung gebracht wird, und auch über die Kräfte, die für diese Arbeit herangezogen werden könnten, nähere Mitteilungen gemacht worden wären. Erst dann würde es möglich sein, volle Klarheit darüber zu schaffen, auf welchen Wegen diese Organisationen weiter entwickelt werden müssen, wenn sie ihr Ziel erreichen sollen. Soweit es aus den bisherigen nur kargen Angaben möglich ist, Lehren zu ziehen, so scheint sich zu ergeben, daß es in erster Linie darauf ankommt, der Jugend nach Möglichkeit das zu geben, was die heutige Schule ihr vorenthält. Es gilt, sie zu selbständigem Prüfen und Denken anzuregen, ihr die Kenntnis der wichtigsten Ergebnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaft, sowie die Freude an den Schönheiten der Poesie und anderer Künste zu übermitteln und sie zur sozialistischen Freiheit und Kultur vorzubereiten!

7. Internationaler Sozialisten-Kongreß.

C. B. Stuttgart, den 23. August 1907.

Vierter Verhandlungstag.

Die Ausweisung des Genossen Quelch bildet bei Eröffnung der Sitzung den allgemeinen Gesprächsgegenstand: Ueberall stehen erregt diskutierende Genossen. Die Engländer haben an den Stuhl des Genossen Quelch ein Plakat geheftet, auf dem zu lesen steht: „Here sat Quelch, now expelled by the württembergic gouvernement“ (Hier saß der jetzt von der württembergischen Regierung ausgewiesene Quelch). Der Stuhl ist beständig von Delegierten umgeben, von verschiedenen Sitzen werden photographische Aufnahmen gemacht. Das Internationale Bureau beriet vor Eröffnung der Plenarsitzung über den Zwischenfall.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung nahm der Vorsitzende Singer das Wort zu folgenden Ausführungen: Die gestrige Erklärung des Genossen Quelch hat anscheinend der württembergischen Regierung nicht genügt und sie hat unseren Genossen ausgewiesen (Stürm. Pfuirufe.) Die deutsche Delegation empfindet neben dem Bedauern lebhafte Beschämung über die Maßregel, die geeignet ist, das Ansehen Deutschlands in den Augen des Auslands zu schädigen. Die württembergische Regierung hätte sich mit der loyalen Erklärung begnügen können und hätte von einer Maßregel absehen können, die so recht die politische Unfreiheit und die Bevormundung der Bürger in Deutschland zu illustrieren geeignet ist (Stürmischer Beifall). Uns Sozialdemokraten aber soll der Vorfall ein neuer Ansporn sein, für Zustände zu sorgen, die den Bürgern volle Freiheit und Redefreiheit gewähren (Stürm. Beifall). Die württembergische Regierung hätte an den Eindruck denken sollen, den diese Maßregel in England, Frankreich und anderen Ländern, in denen die Redefreiheit ganz anders bewertet wird, hervorzurufen geeignet ist. — Diese Erklärung, die ich im Namen der deutschen Delegation abgegeben habe, wird von dem internationalen Bureau vollinhaltlich gebilligt. Der Kongreß kann sicher sein, daß die deutsche Sozialdemokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Sache weiter behandeln wird. Wir auf dem Kongreß wollen aber dafür sorgen, daß seine Arbeiten befruchtend auf den internationalen Sozialismus wirken und daß ein Strahl des Lichtes, das von seinen Verhandlungen ausstrahlt, auch auf die politischen Zustände in Deutschland fällt, die dieses Lichtes vor allen sehr bedürfen. (Stürm. Beifall, der sich wiederholt, als die Rede in englischer und französischer Übersetzung vorgetragen wird.)

Vandervelde erklärt, daß das internationale Bureau sich über den Antrag auf Anerkennung der Labour Party (England) schlüssig gemacht und ihn abgelehnt habe.

Huysmans verliest weitere Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung stehen: Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

Referent ist der österreichische Reichsratsabgeordnete Beer, Generalsekretär des österreichischen Metallarbeiterverbandes. Er beantragt namens der Kommission folgende Resolution: „Zur vollständigen Befreiung des Proletariats ist der politische und wirtschaftliche Kampf in gleichem Maße notwendig. Die Aufgabe der politischen Parteiorganisationen liegt vornehmlich auf politischem, die der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete. Partei und Gewerkschaften haben also gleichwertige Aufgaben zu erfüllen. Jede der beiden Organisationen hat ihr natürliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbständig zu bestimmen hat. Es gibt aber ein stets wachsendes Gebiet, auf dem Erfolge nur durch einmütiges Zusammengehen von Partei- und Gewerkschaftsorganisation erzielt werden kann. Der Kampf des Proletariats wird daher um so erfolgreicher sein, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisationen im Auge zu behalten ist. Daher fordert der Kongreß Aufrichtung und Aufrechterhaltung inniger Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Sie haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und sich nur für den Befreiungskampf des Proletariats förderlicher Mittel zu bedienen. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten haben sie sich zu verständigen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflichten nur zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen von sozialistischem Geiste leiten lassen. Der Partei liegt die Pflicht der Förderung der Gewerkschaften ob. Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die steigende Konzentration der Produktionskräfte und der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der Einzelbetriebe, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn sie ausschließlich auf der Pflege beruflicher Interessen, auf der Grundlage zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital aufgebaut ist. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher kämpfen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je besser ihre Unterstützungseinrichtungen, je kräftiger ihre unerläßlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in die ökonomischen Zusammenhänge und je tiefer die am kraftvollsten aus dem sozialistischen Ideal sprießende Opferwilligkeit und Begeisterung ist.“

Der Referent begründet die Resolution namentlich durch den Hinweis auf die aus dem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften entstandenen Nachteile. Die Gewerkschaften müssen selbständig, aber sie müssen von sozialistischem Geiste erfüllt sein. Partei und Gewerkschaften müssen sich ergänzen. Die Angehörigen der Gewerkschaften müssen sozialistisch erzogen werden. In diesem Sinne ist die Gewerkschaftsbewegung auch ein Klassenkampf. Die Hebung der Arbeiterklasse hat doch nur die Bedeutung, die Arbeiter auf den Emanzipationskampf vorzubereiten. Leider gibt es noch immer eine Reihe Gewerkschaften, die in kleinlichen, egoistischen Bestrebungen aufgehen, um für die Arbeiter ein kleines Stück Brot mehr zu gewinnen. Um aber wirklich Positives zu leisten, darf das große Ziel nicht aus dem Auge gelassen werden. Eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften wird am besten dadurch erzielt, daß die Gewerkschaftler in der Partei und die Parteigenossen in der Gewerkschaft aktiv tätig sind. (Lebh. Beifall.) Bei uns in Österreich herrscht Einigkeit und Brüderlichkeit zwischen Partei und Gewerkschaften. Das ist besser, als wenn man sich gegenseitig gehässig angreift. (Sehr richtig!) Es fördert nicht gerade die Einigkeit, wenn eine deutsche Genossin sich den Satz leistete: Nirgends sei die Borniertheit so sehr hervorgetreten, wie auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. (Hört! Hört!) Dabei hat ein sozialdemokratischer Parteitag festgestellt, daß zwischen Jena und Köln kein Unterschied besteht. (Hört! Hört!) Für die Resolution haben die Delegierten aller Länder gestimmt, mit Ausnahme einer Gruppe von Amerikanern. Die Mehrheit der französischen Delegierten glaubt die Resolution in ihrem Lande nicht durchführen zu können. Redner ermahnt die französischen Genossen, mehr Wert auf praktische Arbeit, als auf schöne Worte zu legen. (Lebh. Zustimmung.) Unser Streben muß auf möglichst enge Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften gerichtet sein. Dies Streben darf aber nicht zu einer Spaltung der gewerkschaftlichen Bewegung benutzt werden. Die Voraussetzung des Erfolges der Gewerkschaftsbewegung ist ihre Geschlossenheit. (Stürm. Beifall.)

De Leval-Amerika begründet eine amerikanische Minderheitsresolution, in der es heißt: „Die Neutralität einer sozialistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften ist gleichbedeutend mit der Neutralität der Partei gegenüber den Wadenstichen kapitalistischer Kreise“. Redner weist auf Amerika hin, wo manche Gewerkschaften geradezu ein Bollwerk des Kapitalismus seien. Die Resolution der Mehrheit passe nicht für Länder mit so vorgeschrittenem Kapitalismus wie Amerika.

De Bronchire-Belgien tritt entschieden für die Mehrheitsresolution ein.

Vaillant-Frankreich (mit stürmischem Beifall empfangen) tritt für die französische Resolution ein, welche völlige Unabhängigkeit der Partei von den Gewerkschaften und umgekehrt als Voraussetzung der Entwicklung beider Organisationen fordert. Man dürfe nicht störend in die Verhältnisse der einzelnen Länder eingreifen. Die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats müsse revolutionär sein. (Beifall.)

Troelstra-Holland befürwortet die Mehrheitsresolution und bedauert, daß Anarchisten und Utopisten sich in die Gewerkschaftsbewegung eingedrängt haben. Übrigens sei die Mehrheit innerhalb der französischen Delegation, die die Resolution der Kommissionsmehrheit verwerfe, eine sehr schwache. Er bitte sie um Zurückziehung der Resolution (Beifall.)

Die Abstimmung wird auf Nachmittag verschoben.

(Nachmittagssitzung.)

Zu Beginn der Sitzung wird mitgeteilt, daß die Militärkommission sich auf eine Resolution geeinigt habe, die morgen, Sonnabend, dem Kongreß vorgelegt werden wird. Die englischen Delegierten von der Fabian Society lassen mitteilen, daß sie gegen die gestern angenommene Resolution betr. das Frauenstimmrecht gestimmt haben.

Hierauf erhielt Referent Adler-Wien das Schlußwort der Gewerkschaftsfrage. Er betont, daß es sich um die Festlegung einer allgemeinen Richtschnur, nicht um die Regelung besonderer Verhältnisse, wie der französischen und amerikanischen, handele. Die Resolution sei so gefaßt, daß jeder für sie stimmen und bei sich zu Hause für ihre Durchführung wirken könne. (Lebh. Beifall.) — Die Mehrheit der französischen Delegation gibt eine Erklärung im Sinne der Ausführungen Vaillants vom Vormittag zum Protokoll. — Die Abstimmung findet nach Nationen statt und ergibt die Annahme der Resolution mit 22½ gegen 18½ Stimmen. Amerika stimmt geteilt.

Sodann folgt die Beratung der Ein- und Auswanderungs-Frage. Die Kommission beantragt folgende Resolution: „Die Ein- und Auswanderung sind unzertrennlich vom Wesen des Kapitalismus. Oft sind sie ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Produktion herabzudrücken und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an. Der Kongreß vermag ein Abhilfemittel in Ausnahmemaßregeln nicht zu erkennen, die fruchtlos und reaktionär sind, und also insbesondere nicht in einem Ausschluß fremder Nationalitäten und Rassen. Dagegen erklärt es der Kongreß für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die infolge des Massenimports unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung der Lebensstellung zu wehren und die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongreß erkennt die Schwierigkeiten und Gefahren, die dem Proletariat aus der Einwanderung auf niedriger Kulturstufe stehende Arbeiter erwachsen, vollauf an. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Ausschließung bestimmter Nationen und Rassen an der Einwanderung kein geeignetes Mittel hierzu. Er empfiehlt daher folgende Maßnahmen: 1. Für das Land der Einwanderung: Verbot der Aus- und Einfuhr von Arbeitern, die einen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft ausschließenden Kontrakt abgeschlossen haben; Ausbildung des Arbeiterschutzes, insbesondere auch in Bezug auf Heimarbeit und Schwitzsystem; Abschaffung aller gegen bestimmte Nationalitäten gerichteter Rechts- und Aufenthaltsbeschränkungen und weitgehende Erleichterung der Naturalisation; für die Gewerkschaften: uneingeschränkter Zutritt der eingewanderten Arbeiter zu den Gewerkschaften aller Länder, Erleichterung des Eintritts und des Übertritts von einer Organisation zu der entsprechenden Organisation des anderen Landes; Erstrebung internationaler Kongresse; Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation derjenigen Länder, aus denen die Einwanderung sich in erster Linie rekrutiert. 2. Für das Auswanderungsland: regste gewerkschaftliche Agitation; Belehrung über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern; reges Einvernehmen zum Zweck gemeinsamen Vorgehens mit den Gewerkschaften des Einwanderungslandes; Überwachung der Schiffsagenturen und der Auswanderungsbureaus, um Schwindelmanöver aufzudecken, event. gesetzgeberische und administrative Maßregeln gegen dieselben; Neuregelung des Transportwesens und über

---

„Niemand wird uns das zugeben!“

„O doch, auch das Gesetz kennt die Notwehr der Schuldigen — ein Mord, den jemand begangen hat, um die Entdeckung eines Verbrechens zu verhindern, wird milder beurteilt, als einer, den er verübt, um damit erst etwas zu gewinnen.“

„Entsetzlich,“ stöhnte der Wirt. „Der Himmel ist mein Zeuge, daß ich daran nicht gedacht habe, als ich diesen sündigen Pfad betrat. Ich gedachte niemand ein Leid zu tun, nur einige Vorteile einzuheimsen. Und nun — nun reißt es mich von einer Schurkerei zur anderen!“

Farnkoff verzog höhnisch das Gesicht.

„So seid Ihr Herren,“ spottete er. „Möchtet immer den Pelz waschen, ohne Euch naß zu machen. Umsonst gibt der Teufel kein Handgeld. Wer den Stein vom Berge schnellt, muß damit rechnen, daß er sich zur Lawine ballt, die sein eigen Haus und Gut zertrümmert.“

„Farnkoff, Sie waren mein Versucher!“ schluchzte der unglückliche Mann.

„Ich?“ schäumte der Gauner wütend auf. „Schöne Art, immer die Schuld auf andere zu wälzen! Mit viel mehr Recht kann ich sagen: Sie waren mein Versucher! Doch wozu jetzt diese müssige Zänkereien? Die Sache liegt, wie sie eben liegt — nun heißt es, kaltes Blut bewahren. Vor allen Dingen lassen Sie uns zu einer Überzeugung kommen. Begeben wir uns beide unauffällig nach der Steinhütte — vielleicht finden wir irgend einen Beweis für Ihre Befürchtung.“

Bereitwillig erhob sich der Wirt. Sie hatten ja nicht weit zu gehen, und vormittags brauchten sie nicht zu fürchten, vielen Personen im Walde zu begegnen. Höchstens demjenigen, dem sie gerade aus dem Wege bleiben wollten — Schodler machte seinen Begleiter hierauf aufmerksam.

„Der wird längst auf und davon sein,“ erklärte aber Farnkoff mit überlegener Miene. „Wenn er wirklich Wind von uns hat, so hat er sich schleunigst aus dem Staube gemacht, um keinen Verdacht bei Ihnen zu erwecken. Und wenn nicht — nun, so kann es ihm nicht besonders auffallen, uns gemeinschaftlich zu erblicken. Wir nehmen jeder ein Beil mit — wir können ja die Absicht haben, in Ihrem Busch einige junge Stämme zu schlagen, um das Lokal zu einer Festlichkeit auszuschmücken?“

„Sie haben recht — gehen wir?“

Der Wirt und sein Kellner verließen, jeder mit einem Beil bewehrt, wie zwei friedsame Arbeitsleute, das Etablissement. Niemand begegnete ihnen unterwegs. Max Schröter war nirgends mehr zu sehen. Unbemerkt erreichten sie die Schutzhütte, Farnkoff trat zuerst hinein und ließ seine listigen Augen forschend umherschweifen.

„Alle Hagel, Sie haben recht,“ fauchte er erbittert. „Da sehen Sie — mit diesem Steine hat der Lump operiert. Hier sehen Sie die Splitter und Brocken, die er abgeschlagen! Und hier fehlt ein ganzes Stück — da liegt es unten. Der Kerl hat nach unserem verborgenen Zugang geforscht, daran ist kein Zweifel!“

Schodler nickte nur düster — er hatte sich ebenfalls beim ersten Blicke von dieser Tatsache überzeugt.

„Also gilts!“ flüsterte der Schurke Farnkoff ihm zu. „Es gibt nur den einen Weg — ich habe eine Idee, wie wir's anfangen.“

„Was wollen Sie tun?“ raunte der Gastwirt zurück.

„Ihn in eine Falle locken — doch kommen Sie erst nach Hause. Hier zu reden ist bedenklich!“

Als beide wieder im Privatzimmer des Gastwirts saßen, fragte letzterer gespannt: „Und wenn es gelingt — wer soll es vollbringen?“

„Bentig ist der Mann, der uns dienen wird. Wenn er erfährt, daß unser aller Freiheit gefährdet ist —“

„Aber wenn man ihn hier findet?“

„Den — Polizeispitzel, meinen Sie? Hier? Halten Sie mich für ein Kind? Den locken wir ganz wo anders hin — und dann fangen wir es auch nicht so dumm an, daß man von einem Morde spricht — verunglücken soll er, verstehen Sie recht?“

„Und muß es wirklich sein, Farnkoff?“

„Wenn Sie meinen, daß es nicht sein muß, so lassen wir es,“ versetzte der Verbrecher mit erheuchelter Gleichgültigkeit. „Ich nehme die Verantwortung nicht auf mich allein. Wenn Sie es vorziehen, sich einkerkern zu lassen — die Schmach und Schande auf sich zu nehmen — oder als Kain durch die Welt zu stöhnen, bis man Sie doch erwischt und in Ketten hierher zurückschleppt —“

„Um Gotteswillen — nein, nein, tun Sie, was Sie für gut halten, Farnkoff — wenn es so zu machen wäre — ohne Blut — durch einen unglücklichen Zufall —“

„Ich hoffe es,“ versetzte der Ergraveur tückisch. „Und ich will Ihnen noch weiter entgegenkommen, Schodler, Ihre zarten Nerven sollen geschont werden. Sie sollen sich um gar nichts bekümmern — ich werde alles mit Bentig abmachen. Nur für die Einleitung bedarf ich Ihrer Unterstützung. Dagegen verlange ich von Ihnen, daß Sie sogleich Ernst mit Ihrem Versprechen machen — Gertrud muß mir gehören und das so schnell als möglich!“

„Sie sollen mit mir zufrieden sein,“ flüsterte der Wirt, sein aschfarbenes Gesicht zu dem Sprecher aufrichtend. „Ich werde sogleich mit Truden reden.“ Ich begreife nur nicht — wie — Sie es anfangen wollen, Schröter in eine Falle zu locken? Er wird auf seiner Hut sein.“

Farnkoff lachte.

„Er kann noch nicht genau wissen, daß er auf der richtigen Fährte ist“, versetzte er leise. „Er hat in der Hütte nichts Verdächtiges gefunden. Wäre er seiner Sache sicher, so spürte er nicht mehr herum. Auch ahnt er nicht, daß wir seinen wahren Charakter kennen, daß Sie ihn durchschaut haben. Trotzdem dürfte er, nachdem er einmal sein Augenmerk auf hier oben gerichtet hat, leicht mißtrauisch sein, wenn man etwa daran denken wollte, ihn mit einem anonymen Briefe zu fangen. Und doch muß etwas ähnliches geschehen — ich muß ihn nach dem Postelberg locken, wo es völlig einsam ist und — doch das weitere gehört nicht hierher.“

„Sie werden es unter keinen Umständen fertig bringen.“

Farnkoff verzog verächtlich das Gesicht.

„Wofür halten Sie mich? Die Sache muß nur von vertrauenswürdiger Seite an ihn herantreten. Er hat eine Braut, sie ist gleichzeitig Mohrings, des unschuldig Verhafteten Tochter, sie besitzt das höchste Interesse an seinen Recherchen. Durch sie müssen wir ihn bearbeiten — natürlich kann auch sie nur als unbewußtes Werkzeug in Frage kommen.“

„Natürlich — aber wie? Auch sie wird nicht durch einen einfachen anonymen Brief zu betören sein.

„Vielleicht doch, wenn der Brief von einer Seite kommt, die ihr glaubhaft erscheint.“

„Wer soll ihn denn schreiben?“

„Es gibt nur eine Person, die hierzu geeignet ist — Gertrud.“

(Fortsetzung folgt.)

wachung der Auswanderungsschiffe durch Inspektoren aus der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft des Ein- und Auswanderungslandes. — Ferner verlangt der Kongreß Fürsorge für neuankommende Einwanderer und beauftragt das internationale Bureau, Vorschläge zur internationalen Neuregelung der Materie auszuarbeiten. Die Vorschläge sind den Parteileitungen zur legislativen Verwendung und zur Propaganda mitzuteilen."

Eine Reihe Delegierte verlangen die Einfügung eines Zusatzes, wonach Ausweisungen Landesfremder nur durch Gerichtsbeschluß, also nicht auf administrativem Wege, erfolgen soll. (Zuruf: Lex Quelch! Heiterkeit.)

Referent Reichsratsabg. Ellenbogen-Wien bittet um Annahme der Mehrheitsresolution. (Beif.)

Hillquit-Amerika: Ich bin der Letzte, der die internationale Solidarität mißachtet. Sie muß aber richtig verstanden werden. Wir dürfen nicht mit Gefühlsduseleien operieren. Den Streikbrechern des Auslandes darf nicht gestattet sein, was den Streikbrechern des Inlandes verboten ist. Die Resolution des Kongresses wird den amerikanischen Arbeitern als Richtschnur dienen, die sich als Glied der großen Armee des internationalen Proletariats fühlen. (Stürm. Beifall.)

Japanischer Delegierter Dr. med. Kato, mit stürmischem Beifall begrüßt: Wir in Japan, wo der Sozialismus noch sehr schwach ist, sehen uns außer Lage, Gewerkschaften zu bilden. Eine drakonische Gesetzgebung lastet auf uns. Um so weniger soll man den armen Japanern, die nach Amerika kommen, die Möglichkeit des Eintritts in die dortigen Gewerkschaften rauben. Ich bitte die amerikanischen Genossen die armen Leute aus Japan aufzunehmen, für sie einzutreten und sie anzuerkennen. (Stürm. Beif.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen. (Großer Lärm bei den Engländern. Besonders Hyndman zeigt sich sehr aufgeregt.)

Vorsitzender Singer: Nichts wird mich verhindern, als Vorsitzender meine Pflicht zu tun und für geregelte Geschäftsführung zu sorgen. (Stürm. Beifall bei der weitaus größten Zahl der Delegierten.) Auch andere Nationen sind nicht zu Worte gekommen; sie unterwerfen sich aber als gute Demokraten der Mehrheit. (Stürm. Beifall.) Ich bitte die Engländer, nicht die internationale Solidarität zu verleugnen. (Anhalt. Beifall.)

Referent Ellenbogen-Wien macht in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß in der Kommission die Engländer mit der Mehrheitsresolution durchaus einverstanden gewesen seien. Um so weniger sei ihre Erregung zu verstehen.

Vor der Abstimmung wird die Resolution betr. die Ausweisung (lex Quelch) aus taktischen Gründen zurückgezogen. Von einem Amendement Kautsky-Luxemburg, das verschiedene Streichungen und Änderungen verlangt, wird nur der Satz angenommen, der statt der Regelung die Abschaffung des Schwitzsystems fordert. Im übrigen wird die Resolution unverändert und mit großer Mehrheit angenommen. (Lebh. Beif. b. d. Mehrheit, Protestrufe b. d. Engländern.)

Hierauf vertagt sich der Kongreß auf Sonnabend 10 Uhr. (Militärfrage.)

* * *

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Stuttgart, den 23. August.

Die Kommission zur Beratung des Punktes der Militarismus und die internationalen Parteien trat heute nachmittag 3 Uhr zur Entgegennahme der Vorschläge der Subkommission zusammen.

Berichterstatter Vandervelde-Belgien teilte mit, daß die Subkommission sich nach langer Diskussion auf eine Resolution geeinigt habe. Diese habe zwar den Fehler, daß sie vielleicht zu lang sei, aber im anderen Falle hätte sie den noch ärgeren Fehler ungenau zu sein. Die Kommission habe weniger eine Formel für die Zukunft geben, als feststellen wollen, was bereits geschehen sei.

Dr. Adler-Wien verlas die deutsche Fassung und teilte ergänzend mit, daß die Resolution einstimmig beschlossen worden sei. (Beifall.) In der Resolution sei die Fülle der Anregungen, die in der Kommission gegeben wurden, berücksichtigt, die Differenzen abgeschwächt und volle Einstimmigkeit erzielt worden, wodurch allein sie schon von der größten Bedeutung für die Sozialdemokratie sei.

Russel Smart-England protestierte im Namen der englischen Arbeiterpartei gegen jenen Passus, der von der Volkswehr handle.

Dr. Adler-Wien erwiderte, daß von „Volkswehr" nur in dem Zusammenhang gesprochen sei, daß dort, wo stehende Heere bestehen, sie durch eine Miliz ersetzt werden sollten.

Vandervelde-Belgien erklärte, er lege Wert darauf, den Engländern und Amerikanern mitzuteilen, daß England und Amerika damit gemeint seien, und daß der Berichterstatter im Plenum das ausdrücklich erklären werde.

Die von uns bereits am Sonnabend mitgeteilte Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen und Vandervelde zum Berichterstatter für das Plenum gewählt.

---

5. Verhandlungstag.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlung um 10 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung steht die Frage des Militarismus, zu der die bereits mitgeteilte Resolution vorliegt.

Berichterstatter Vandervelde-Belgien erstattet Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Die von ihr vorgeschlagene Resolution ist die längste, die je einem internationalen Kongreß vorgelegen hat. (Heiterkeit.) Wir hatten eben keine Zeit zu stilisieren und zu kürzen. (Heiterkeit.) Wichtiger als dies war es uns, die Einstimmigkeit des Proletariats zu erzielen, und dies ist uns gelungen. (Stürmischer Beifall.) Es mußte zur Einigung kommen; denn wenn auch Uneinigkeit über das Mittel herrschte, über das Ziel waren wir uns einig. (Stürmischer Beifall.) Wir alle wissen, daß der Kampf gegen den Militarismus ein integrierender Teil des Sozialismus ist. (Zustimm.) Denn der Kampf gegen den Militarismus ist nicht von dem Kampf gegen den Kapitalismus zu trennen. (Sehr wahr!) Es ist in der Resolution ausgesprochen, daß die Grundlage der Internationale die Nationen sind, die selbständige Wesen sind mit selbständigem Leben. Von selbständigen Nationen erhält die Internationale ihr Leben. (Lebh. Zust.) Die Anklagen des Vaterlandsverrats, die die bürgerliche Presse immer gegen die Sozialisten des eigenen Landes schleudert, sind sinnlos, heuchlerisch und widerspruchsvoll in sich selbst: sie heben sich gegenseitig auf. (Lebh. Zust.) Wir Sozialisten sind uns bewußt, dem Wohle unserer Nationen zu dienen, besser, selbstloser zu dienen, als die bürgerlichen Parteien. (Stürm. Beif.) Der Sozialismus, weit entfernt, die Nationen ihrer selbständigen Existenz zu berauben, will sie vielmehr durch allgemeine Volksbewaffnung wehrhaft machen nach außen und innen, gegen äußere und innere Unterjochung. (Stürmischer Beifall.) Der Kapitalismus dagegen richtet unsere Söhne weniger darauf ab, auf den äußeren Feind zu schießen, als vielmehr im gegebenen Falle auf Vater und Mutter. (Stürmischer Beifall.) Die Schweizer warnten vor den Gefahren des Milizsystems. Die schweizerische Miliz, wie sie heute besteht, ist nicht unser Ideal der Volksbewaffnung. (Sehr richtig!) Die Amerikaner und Engländer kamen mit einer Resolution, die auf die imperialistischen Motive hinweist, welche bei der in ihren Ländern beabsichtigten Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung ausschlaggebend sind. Aber die Volksbewaffnung, wie man sie dort einführen will, ist auch etwas ganz anderes, als was wir unter Volksbewaffnung verstehen. Die amerikanischen und englischen imperialistischen Bestrebungen werden mit keinem Worte durch unsere Resolution unterstützt. Zwischen der Resolution von Jaures und Vaillant und der Resolution von Bebel war ein prinzipieller Unterschied. Vaillant verlangte Anwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel bis zum äußersten gegen den Krieg. Vaillant nannte bestimmte Mittel, die unter allen Umständen angewandt werden sollten. Bebel und mit ihm ein großer Teil der anderen Nationen wandten sich dagegen. Sie warnten davor, einen Massenstreik oder einen Aufstand als unumgängliches Inventarstück im Kampfe gegen den Militarismus zu betrachten. Die Kommission überwand dadurch die Schwierigkeit, daß er nicht vorschrieb, was man tun sollte, sondern sich auf die Feststellung alles dessen beschränkte, was das Proletariat im Kampfe gegen den Militarismus getan habe. So erinnert die Resolution an die Friedenstätigkeit der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodafall, an die Tätigkeit der sozialistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands innerhalb und außerhalb der Parlamente während der Marokko-Krise, an die Triester Verbrüderung der österreichischen und italienischen Sozialisten, an das nachdrückliche Auftreten der schwedischen Sozialdemokraten gegen einen Krieg mit Norwegen, an den heldenmütigen Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens gegen den vom Zarismus entfesselten Krieg mit Japan. Die Deutschen würden sich selbst Unrecht tun, wenn sie auch nur einen Augenblick die Annahme bestehen ließen, als ob sie sich aus Furcht gegen die Aufstellung bestimmter Mittel wandten. (Lebh. Beifall.) Außer der russischen Sozialdemokratie hat keine Partei soviel Verfolgungen aufzuweisen, wie die deutsche. Sie hat mehr Verurteilungen zu verzeichnen als die sozialistische Partei Englands, Frankreichs und Belgiens zusammen. Was den Protest gegen den Krieg anlangt, so ist es nicht notwendig, Deutschland erst an seine Pflicht zu erinnern. (Stürmischer Beifall.) Noch sitzt einer von jenen Sozialdemokraten in unserer Mitte, die gegen den großen Krieg von 1870 und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert haben. (Stürmischer Beifall.) Nicht aus Rücksicht auf die Herrschenden haben sich die deutschen Genossen gegen die anderweitig vorgeschlagene Form gewandt. (Lebhafte Zustimmung.) Es können keine allgemeinen Regeln über die Mittel im Kampf gegen den Militarismus aufgestellt werden. Der Kampf des Proletariats gegen Militarismus und Kapitalismus bietet unbegrenzte Möglichkeiten und niemand kann voraussehen, welche dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden wird. Unsere Resolution betont daher die Pflicht, in der Erziehung des Proletariats die Möglichkeiten immer mehr zu Wirklichkeiten werden zu lassen, der Jugend das Gefühl der internationalen Klassensolidarität einzuimpfen. (Lebh. Beifall.) Wenn diese Gesinnung das ganze Volk erfüllt, dann ist die Zeit vorbei, in der Proletarier die Bajonette auf die eigenen Volksgenossen richten werden. (Stürm. Beifall.) Die Herrschenden wissen selbst, daß bei der wachsenden Macht des Sozialismus die Kriege für sie immer gefährlicher werden. Der Krieg von 1870/71 hat Frankreich die bürgerliche Republik gebracht; die Folgen des Burenkrieges haben die konservative Regierung in England gestürzt und zum Erwachen der englischen Arbeiterbewegung geführt. (Sehr richtig!) Der russisch-japanische Krieg hat die russische Revolution hervorgerufen, der Zarismus ist in seiner Existenz bedroht worden und wird in hoffentlich nicht allzu langer Zeit beseitigt sein. (Stürm. Beifall.) Die Versammlung im Haag, von der ja nur sehr höflich geredet werden darf (Große Heiterkeit), ist zusammengerufen worden nicht etwa aus purer Liebe zum Frieden, sondern aus Furcht vor dem Kriege. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wissen im Haag sehr wohl, daß die wahre Friedenskonferenz nicht dort sitzt, sondern in Stuttgart. (Stürm. Beifall.) Im Haag wird man nur soviel Friedensbedürfnis bekunden, als wir den Herrschenden einzubläuen belieben. — Unsere Resolution ist eine Bekräftigung der Aktionsfähigkeit des Proletariats und jede Möglichkeit der Aktion des Proletariats wird in der Resolution anerkannt. Wie die Amsterdamer Taktik-Resolution kein leeres Wort geblieben ist, wie die Einigung der Sozialisten der ganzen Welt ihr Ergebnis gewesen ist (Lebh. Zust.), so wird auch diese Resolution kein leeres Wort sein, sie wird vielmehr das Proletariat zur Prüfung aller gegen den Militarismus in Betracht kommenden Aktionen anspornen. Diese Aktionen werden nicht vereinzelte Anstrengungen bleiben, sondern durch das Band der internationalen Solidarität verknüpft werden. Wir machen den einzelnen Landesparteien keine Vorschriften, wir erwarten aber, daß jede im gegebenen Augenblick ihre Pflicht tun wird. (Stürm. Beifall.) Die Resolution zeigt den Regierungen, daß sie bei jedem Attentat auf den Völkerfrieden, bei jeder Anzettelung eines Völkermordes die Aktion des Proletariats zu fürchten haben. Wir verpflichten uns mit der Resolution zu einem verdoppelten Eintreten gegen internationalen Militarismus und Kapitalismus. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Singer schlägt namens des internationalen Bureaus vor, in Rücksicht auf die einmütige Annahme der Resolution in der Kommission, auf den allseitigen Beifall, den sie gefunden, sowie darauf, daß kein Amendement zu ihr gestellt sei, und um den Wert der Resolution durch eine machtvolle Demonstration zu unterstützen, die Resolution per Akklamation ohne Debatte anzunehmen. (Stürmischer minutenlanger Beifall.)

Delegierter Herve erhält das Wort, um gegen den Schluß der Diskussion zu sprechen. Er führt u. a. aus: Diese elegante Form des Schlußmachens sei doch nur eine Finte. (Widerspruch.) Der Widerspruch zwischen der Resolution und den Reden Bebels und Vollmars in der Kommission sei nicht wegzuleugnen. (Widerspruch.) Vandervelde habe für die Resolution und für die Deutschen gesprochen. Er sei eben nur ein Franzose aus Belgien. Solange hier nicht von der Tribüne aus von berufenen Vertretern des Sozialismus den Ausführungen widersprochen wird, die Bebel und Vollmar in der Kommission gemacht haben, hat die Resolution nicht den Wert, den sie nach den scharfen und beredten Ausführungen Vandervelds haben sollte. Warum sollen wir die Diskussion nicht fortsetzen? Wir riskieren ja bloß, herausgeworfen zu werden. (Große Heiterkeit.) Es kann uns höchstens gehen, wie dem Genossen Quelch. Allenfalls löst die württembergische Regierung den Kongreß auf und blamiert sich damit vor der ganzen Welt. Wir müssen weiter diskutieren und die deutsche Delegation zwingen, Farbe zu bekennen (Vereinz. Widerspruch und heftiges Zischen.) — Hierauf wird zunächst zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Diskussion geschritten. Der Antrag wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit, Protestrufe bei den Herveisten.) Hierauf wird die Resolution selbst zur Abstimmung gebracht. Sie wird einstimmig angenommen. (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

Einstimmig wird sodann eine Resolution der rumänischen Delegation angenommen, in der unter Hinblick auf die Bedrückungen des städtischen und ländlichen Proletariats in Rumänien und auf die dortigen Judenverfolgungen den kämpfenden Proletariern Rumäniens die Sympathie des Kongresses ausgesprochen wird und die sozialistischen Abgeordneten in den Landesparlamenten aufgefordert werden, ihren Einfluß dahin aufzuwenden, daß die rumänische Regierung zur Erfüllung ihrer international festgelegten Verpflichtungen gegen die rumänischen Bürger angehalten wird. Ferner wird den Arbeitern zur Pflicht gemacht, nicht den Lockungen rumänischer Arbeitgeber zu folgen. — Einstimmig und unter stürmischem Beifall wird ferner eine Resolution angenommen, die den russischen Genossen, den Kämpfern für die Freiheit nicht nur Rußlands, sondern der Welt, die tiefe Sympathie und hohe Bewunderung des Kongresses ausspricht. — Ferner werden einstimmig angenommen die Resolutionen der spanischen und französischen Delegationen gegen den Marokkofeldzug und eine von Hillquitt-Newyork begründete Sympathiekundgebung für den fälschlich des Mordes an dem Gouverneur Stenneberg angeklagten, aber freigesprochenen Genossen Haywood-Idaho. — Auf Einladung von Knudsen-Dänemark wird beschlossen, den nächsten Kongreß in Kopenhagen abzuhalten. — Der Kongreß spricht dann noch dem Internationalen Bureau in Brüssel die Anerkennung für seine Mühewaltung aus. — Vandervelde dankt namens des Bureaus und dankt den deutschen Genossen und den gemütlichen Schwaben für den Verlauf des Kongresses. — Hyndman-London schließt sich diesem Danke an. Er hebt rühmend die Verdienste des Lokalkomitees und besonders des Genossen Dietz hervor und dankt dem Genossen Singer für die glänzende unparteiische Art und Weise, wie er der schwierigen Aufgabe der Leitung eines so großen Kongresses gerecht geworden sei. Möge Singer dem internationalen Sozialismus noch recht lange erhalten bleiben. (Lebh. anh. Beif.)

Singer dankt in herzlichen Worten für die Kundgebung. Zum ersten Male hat ein internationaler Sozialistenkongreß auf deutschem Boden getagt. Er hat die Richtlinie für den siegreichen Vormarsch des unüberwindlichen Proletariats neu festgelegt. Wir haben die Köpfe und Herzen der Arbeiter revolutioniert für den großen Kampf! Auf Wiedersehen in Kopenhagen! Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie! (Die Anwesenden stimmen begeistert in den Ruf ein und singen den Sozialistenmarsch und die Internationale. Unter den Klängen der Marseillaise leert sich der Saal.)

* * *

Die angefochtenen Mandate der deutschen Lokalisten gültig.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat in seiner Sitzung vom Mittwoch die von der deutschen Delegation angefochtenen Mandate der beiden Delegierten der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalisten), der Genossen Fritz Kater und Hermann Putlitz debattelos und einstimmig für gültig erklärt.

Erklärungen und Berichtigungen.

Der „Vorwärts" bringt folgende Berichtigungen:

Stuttgart, 22. August 1907.

Der Bericht über meine erste Rede in der Militärkommission des Internationalen Kongresses enthält verschiedene sinnstörende Ausführungen. Bei meiner starken Inanspruchnahme durch die Arbeiten des Kongresses ist es mir nicht möglich, jetzt eine Berichtigung jener sinnstörenden Ausführungen vorzunehmen. Ich muß mich darauf beschränken, die Tatsache zu konstatieren und behalte mir eine Richtigstellung meiner Ausführungen im Protokoll über die Kongreßverhandlungen vor.

Mit Parteigruß A. Bebel.

* * *

Der Bericht über meine Rede in der Kommission über Antimilitarismus enthält eine Unrichtigkeit, die ich richtig zu stellen wünsche.

Ich habe nicht gesagt: „Man hört nichts mehr davon, daß ein deutscher Sozialdemokrat den Mut auch vor dem preußischen Gefängnis bewahrt!"

Ich werde solch eine Dummheit nicht sagen, am wenigsten in einem Augenblick, da Genossin Rosa Luxemburg gerade aus dem Gefängnis kommt, da Genosse Karl Liebknecht im Begriff ist, hineinzugehen, und wo so viele andere deutsche Genossen darin sind.

Ich habe als Antwort auf Bebel, der gerade ausführt hatte, daß meine Propaganda in Deutschland wegen der Strenge der kaiserlichen Gerichte nicht möglich wäre, gesagt:

„Ihr waret im stande, zu Hunderten den deutschen Gefängnissen zu trotzen zu einer Zeit, da die Regierung von Bismarck Euch verfolgte; Ihr habt es gewagt unter den eisernen Gesetzen Bismarcks, weil man Eure politische Lage und Eure Wahlfortschritte antastete, und Ihr könnt es alle (aus Bebels Rede zu schließen) heute nicht mehr, heute, wo es sich darum handeln würde, einen Zusammenstoß zu verhindern, der Hunderttausenden französischen und deutschen Arbeitern das Leben kosten würde."

Das ist, wenn nicht wörtlich, doch sehr genau dem Inhalte nach das, was ich gesagt habe.

Ich habe Bebel einige unangenehme Wahrheiten gesagt; aber ich habe zu viel Verbrechen auf dem Gewissen, um mir auch noch solche aufladen lassen zu wollen, die ich nie begangen, ja zu begehen nie gedacht habe.

Ich bin Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diese kleine „Berichtigung" veröffentlichen wollen.

Mit Genossengruß

Stuttgart, 22. August 07. Gustave Herve.

* * *

Die Erklärung des Genossen Dr. Karl Liebknecht an die Militärkommission,

die in unserem Bericht erwähnt wurde, lautete wörtlich:

Da ich nicht Mitglied der Kommission bin und also leider hier das Wort nicht ergreifen kann, so bitte ich folgendes zur Kenntnis der Kommission zu bringen:

Genosse v. Vollmar hat heute — Dienstag nachmittag — mich persönlich nach zwei Richtungen in die Debatte gezogen.

Zunächst hat er eine vor längerer Zeit gefallene Äußerung meines Vaters über die Kasernenagitation zitiert und unter Kontrastierung hierzu behauptet, auf den drei letzten deutschen Parteikongressen seien Anträge auf Einleitung einer Kasernenagitation, die als gefährliche Kinderei zu betrachten sei, gestellt und allerdings mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.

Diese Behauptung bezieht sich auf Anträge, die von mir begründet sind. Ich konstatiere, daß die gemeinten und tatsächlich abgelehnten Anträge ganz allgemein überhaupt eine spezialisierte antimilitaristische Propaganda als besonderen Zweig der Gesamtparteitätigkeit erstrebten.

Nach diesem materiellen Angriffe gegen meine antimilitaristischen Bestrebungen hat Genosse v. Vollmar weiter gemeint:

Angesichts des gegen mich erhobenen Hochverratsprozesses habe meine antimilitaristische Agitation, insbesondere meine angeklagte Broschüre aus der Diskussion auszuscheiden, die auf meine Anklage bezüglichen kritischen Worte des Genossen Jaures seien zu mißbilligen.

Ich betone demgegenüber mit allem möglichen Nachdruck, daß ich eine solche Rücksichtnahme aufs höchste bedauern würde und schlechthin zurückweise. Ich hege vielmehr den lebhaften Wunsch und erachte es für selbstverständlich, daß die gegen mich unternommene Aktion der Klassenjustiz nur eben gerade zur Verschärfung und Anfeuerung der antimilitaristischen Haltung des Kongresses beitragen wird.

Dr. Karl Liebknecht.

Soziales und Parteileben.

Zünftler-Tagung. In Eisenach trat am 20. d. M. der dritte deutsche Innungs- und Handwerkertag zusammen. Die Tagung verdient ihre Bezeichnung nur zur Hälfte: Innungstag wäre vollkommen ausreichend, denn die Masse der den zünftlerischen Organisationen nicht angehörenden Handwerker hat mit der Veranstaltung nichts zu tun. Einige antisemitische Reichstagsabgeordnete nahmen an der Tagung teil. In seiner Eröffnungsrede erklärte der Vorsitzende, Obermeister Bernard, zum gegenwärtigen Reichstage und zur Reichsregierung könne das Handwerk das „Vertrauen haben, daß seinen berechtigten Wünschen Berücksichtigung zuteil werde." Die Reichsregierung war durch den Geh. Oberregierungsrat Spielhagen vertreten. Kongresse der freien Gewerkschaften zu beschicken, hält sie bekanntlich niemals für nötig. Aber die Zünftler — das ist freilich was anderes! Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Handwerk", sprach der Direktor des Haupt-Verbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften, Korthaus-Berlin. Als Ergebnis seiner Ausführungen gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Ausbreitung und den weiteren Ausbau der genossenschaftlichen Organisation im Handwerk mit allen geeigneten Mitteln und zwar wie bisher hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte der Selbsthilfe, erstrebt. Angenommen wurde noch ein Zusatzantrag, der den Staat- und die Kommunalverwaltungen auffordert, bei Vergebung von Lieferungen die Innungen und Genossenschaften mehr als bisher zu berücksichtigen. Für sich, in ihrem Interesse lassen die Zünftler genossenschaftliche Bestrebungen gelten und nehmen sogar staatliche Unterstützung dafür in Anspruch. Aber den genossenschaftlichen Organisationen, die die vorteilhafte, vom Zwischenhandel losgelöste Versorgung der Konsumenten bezwecken, möchten sie am liebsten das Lebenslicht ausblasen. Das zeigt aufs neue die Resolution, die zu dem Punkt „Die Schädigung des Kleingewerbes durch Konsum- und Beamtenvereine" beschlossen wurde. Sie erklärt die steigende Weiterentwickelung der Konsumvereine sowie ihr Bestreben, sich in immer größerem Maße der Eigenproduktion zuzuwenden, für eine schwere Gefährdung der selbständigen Gewerbetreibenden um so mehr, als die Konsumvereine sich in steuerlicher Beziehung vielfach einer völlig ungerechtfertigten Sonderstellung erfreuen. Vor allem unbillig erscheine die Konkurrenz, die staatliche Beamte durch Zugehörigkeit von Konsumvereinen den Gewerbetreibenden bereiten. Nötig sei ein Verbot der Verbindung von Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen und die gleiche Besteuerung der Konsumvereine wie der übrigen Gewerbetreibenden. Über: „Schädigungen des Handwerks durch die Lohnkämpfe und Maßnahmen hiergegen" referierte der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Bäckerinnungen, Syndikus Dr. Westphal. Folgende Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme: „Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkertag erklärt unter voller Anerkennung des Grundsatzes der Koalitionsfreiheit, daß gegenüber den zahlreichen Auswüchsen, wie sie in immer steigendem Maße bei den Lohnbewegungen durch Bedrohung und Mißhandlung Arbeitswilliger, durch Verrufserklärung und Boykottierung der Gewerbetreibenden zutage treten, eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist. Ferner erklärt der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkertag, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften den engen Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber unbedingt notwendig macht. Er empfiehlt deswegen dringend, auch im Handwerk die Gründung von Arbeitgeberverbänden, von Streik- und Boykottentschädigungskassen nachdrücklichst zu betreiben, und durch das Zusammengehen mit den industriellen Arbeitgeberverbänden, wie es bereits im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verwirklicht ist, die Stellung der selbständigen Handwerker gegen das Andrängen der Gewerkschaften zu befestigen." Die Sehnsucht nach einem Gesetz zur Vergewaltigung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und Bewegung, nach einem Zuchthausgesetz spricht aus dieser Resolution. Die „volle Anerkennung des Grundsatzes der Koalitionsfreiheit" ist ein auf Täuschung berechneter Humbug. In einer Resolution brachte der Innungstag zum Ausdruck, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf über den kleinen Befähigungsnachweis den Wünschen der Handwerker entspreche. Weitere Resolutionen verlangen die Aufhebung der Militärwerkstätten, von denen gesagt wird, daß sie „dem deutschen Handwerk den schwersten Schaden zufügen", ferner: daß handwerksmäßige Arbeit von Strafanstalten nur an selbständige Handwerksmeister vergeben werden und nicht von Gefängnisinsassen ausgeführt werden soll. Gegen die Weiterführung der sozialen Gesetzgebung und gegen die Zusammenlegung der drei Versicherungsgesetze sprach sich der Leipziger Barbier-Obermeister Klemm unter Zustimmung der Versammlung sehr entschieden aus. Auch die „Regelung des Submissionswesens" erfuhr eine Erörterung. Die Reichsregierung soll sich in Zukunft nach den Submissionsbedingungen des preußischen Staates richten und diese sollen reformiert werden. Die Eisenacher Tagung stand unter der Herrschaft echt zünftlerischen Geistes. Die „patriotische" Seite dieses Geistes fand ihren Ausdruck in einem Huldigungstelegramm an den Kaiser. Und „auf allerhöchsten Befehl" antwortete Herr v. Lucanus, der Kaiser lasse „den Vertretern des Handwerks für den Ausdruck treuer Ergebenheit bestens danken".

Verfahren gegen einen Gewerbegerichtsbeisitzer auf Amtsentsetzung. Wir entnehmen dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands". Gegen den Schriftsetzer W. in Greifswald war auf Antrag des Regierungspräsidenten in Stralsund Klage aufs Amtsentheben erhoben worden, weil W. anläßlich des Greifswalder Maurerstreiks einen wieder abreisenden Trupp böhmischer Arbeiter, nachdem er mit ihnen getrunken, zum Bahnhof begleitet und einen Maurermeister verhöhnt habe. Die Verhandlung ergibt, daß W. im Gewerkschaftslokal, wo er sich Geschäfte halber aufhielt, mit den Böhmen zusammenkam, mit ihnen Bier und Schnaps trank, Gespräche wechselte und sich schließlich der Menge anschloß, die die Böhmen zum Bahnhof begleitete. Unterwegs stieß er auf den Maurermeister B., dem er erklärte: „Jetzt haben wir die Leute und Sie haben wenigstens das Nachsehen!" Auch dem Schwager des B. habe er ähnliches gesagt. W. gibt an, daß er betrunken gewesen sei und sich jener Äußerung nicht entsinnen könne. — Das Gericht konnte weder im Gesamtverhalten des Angeklagten, noch in den fraglichen Äußerungen einen Tatbestand erblicken, der als grobe Verletzung der Amtspflicht zu erachten sei oder ihn des Amtes unwürdig mache. Der Angeklagte hätte allerdings richtiger gehandelt, wenn er sein Verweilen in dieser Gesellschaft weniger ausgedehnt und es auch vermieden hätte, durch gemeinsames Trinken mit „kontraktbrüchigen Arbeitern" (?) den Anschein der Parteinahme zu erwecken. Doch sei nicht zu verkennen, daß einem Mann aus Arbeiterkreisen die Interessen seines Standes naturgemäß näher liegen, als die der Arbeitgeber; auch könne man von einem Gewerbegerichtsbeisitzer nicht eine Verleugnung seiner Standesinteressen verlangen. Dem Angeklagten sei ferner zuzugeben, daß ihm das Verhalten der Böhmen nicht als unbillig zu erscheinen brauchte. Auch seine Äußerungen zu B. und dessen Schwager seien nicht geeignet, eine strengere Beurteilung seines Verhaltens zu begründen. Zudem sei der Angeklagte nicht nüchtern gewesen; er ist nach dem Urteil zweier Sachverständigen Neurastheniker und gegen Einwirkungen des Alkohols wenig widerstandsfähig. Es sei anzunehmen, daß infolge des stundenlangen Verweilens im Gasthofe, in dem es recht lebhaft hergegangen, durch die Wirkungen von Bier, Schnaps und Tabaksqualm eine erhebliche Beeinträchtigung seiner Gehirntätigkeit ihn zu klarer Besinnung unfähig gemacht habe. Eine in solcher Verfassung gesprochene Bemerkung könne unmöglich für die Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit des Angeklagten ins Gewicht fallen, um so weniger, als sonst Bedenken gegen dessen Persönlichkeit nicht vorgebracht seien. Nach alledem sei eine Verletzung der Amtspflicht, die die Amtsentsetzung rechtfertige, nicht festgestellt und der Angeklagte freizusprechen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Vom Schlosserstreik in Hannover. Die Schlossermeister in Hannover sind durch den nun schon 6 Wochen währenden Streik ihrer Gesellen in die Brüche gekommen und betteln nun die Metallindustriellen durch dieses Schreiben um Hilfe:

Hannover, den 15. August 1907.

Da in Hannover-Linden und den Vororten seit dem 6. Juli d. Js. die Bau- und Kunstschlosser streiken, ersuchen wir ergebenst, arbeitswillige Gesellen nach hier zu schicken. Wir versprechen denselben guten Lohn, je nach Leistung 40 bis 55 Pfg. pro Stunde und Reisevergütung nach vierwöchentlicher Arbeit.

Meldungen sind an den Obermeister Louis Lippmann, Köbelingerstraße 8, zu richten.

J. A. der Schlosser-Innung
und des Arbeitgeberverbandes für Schlosser
und verwandte Gewerbe.
Louis Lippmann, Obermeister.

Wenn die Herren Innungsmeister den Lohn, den sie hier den Streikbrechern bieten, ihren Gehilfen zahlen wollten, wäre der Kampf schon längst beendet. Diesen bieten sie aber nur 32 bis 45 Pfg., weshalb die Mehrzahl es vorzog, Hannover den Rücken zu kehren.

Der Kampf im Erfurter Baugewerbe scheint von neuem entbrennen zu sollen. Die „Tribüne" teilt folgende Zuschrift der Gewerkschaften mit:

„Trotzdem die baugewerblichen Arbeiter Erfurts am Sonntag, den 18. August, in ihrer Versammlung den Streik für beendet erklärt haben, weigert sich ein ganzer Teil Arbeitgeber, die Leute wieder einzustellen. Aus diesem Grunde ist es nötig, daß kein Bauarbeiter, Zimmerer und Maurer eher nach Erfurt kommt, bis die Unternehmer Arbeitskräfte verlangen, und die Zweigvereinsleitungen mitteilen, daß keine arbeitslosen Kollegen mehr am Orte sind.

Alle auswärtigen Kollegen mögen dieses beachten und streng befolgen."

Und das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht: „Die Bauarbeiter verweigern trotz Beendigung des Streiks die Unterzeichnung des vom Arbeitgeberbund vorgelegten Tarifs. Hierauf beschloß der Arbeitgeberbund, am Sonnabend sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auszusperren, falls deren Unterschrift noch aussteht."

Der Streik in Antwerpen. Freitag morgen durchzogen 5000 ausständige Hafenarbeiter die Straßen der Stadt. Im Umzuge wurden Plakate getragen und Aufrufe, in denen der Achtstundentag, Sonntagsruhe, sowie doppelte Löhne für die Sonntagsarbeit verlangt werden. Nach dem Umzug hielten die Demonstranten eine Versammlung ab, in welcher verschiedene Redner die Arbeiter aufforderten, sich ruhig zu verhalten, wenn überhaupt aus der Bewegung etwas hervorgehen sollte. Einige Redner meinten, wenn die Arbeiter sich ruhig verhielten, so würden die Führer den Bürgermeister um seine Vermittelung ersuchen. Geldbeträge werden aus London erwartet. Einer Nachricht aus Rotterdam zufolge haben die dortigen Hafenarbeiter beschlossen, die Ladung der von Antwerpen kommenden Dampfer nicht vorzunehmen. Die Reeder beschlossen, Vorschläge des Bürgermeisters zur Bildung eines Schiedsgerichts anzunehmen.

Achtung, Hutmacher! Die Arbeiter der Filzfabriken in Hartha bei Waldheim befinden sich seit einigen Wochen im Streik. Die Unternehmer suchen von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen. In Oschatz sind bereits Streikbrecheragenten aufgetaucht und es ist anzunehmen, daß sie auch anderwärts ihr Glück versuchen werden. Zuzug nach Hartha ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Mit einer „schweren Beunruhigung des Publikums" beschäftigte man sich im Landgericht Halle wieder einmal in der Sache gegen den Genossen Redakteur Fröhlich vom „Volksblatt". Er hatte ein Eingesandt der Agitationskommission veröffentlicht, in dem gesagt worden war, zwei Wirte verweigern ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen. Das Gericht verurteilte unseren Genossen zu 50 Mark Geldstrafe und sagte, der Boykott sei ein verwerfliches Mittel; die Allgemeinheit werde dadurch beunruhigt. — Werden durch die Maßnahmen der Landräte, Amtsvorsteher e tutti quanti bei Saalabtreibungen Wirte und Publikum nicht beunruhigt?

Zum Essener Parteitag. Die Genossen zu Breslau nahmen den Antrag an, die preußische Wahlrechtsbewegung auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ferner beantragen sie einheitliche Mitgliedsbücher. In der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Fürth-Erlangen wurde die Erörterung der preußischen Wahlrechtsfrage als wünschenswert bezeichnet. Ein Antrag, der Reichstagsfraktion eine Änderung der Taktik bei Abstimmungen über Sozialgesetze zu empfehlen, wurde gegen eine erhebliche Minderheit angenommen. Die Gegner des Antrages gaben der Meinung Ausdruck, die Sache werde ohnedies auf dem Parteitag zur Sprache kommen.

Die sächsischen Frauenmandate zum Internationalen Sozialistenkongreß. Die deutsche Delegation des Internationalen sozialistischen Kongresses erklärte trotz Bebels Verteidigung die sächsischen Mandate der Genossinnen Luxemburg und Lewinsohn (Dresden) für ungültig, weil nach dem sächsischen Parteistatut Frauen und Männer gemeinsam organisiert sind und somit die Frauen nicht das Recht einer besonderen Delegation hätten. — Genossin Luxemburg hat als Mitglied des Internationalen sozialistischen Bureaus auf dem Kongreß auch ohne besonderes Mandat Sitz und Stimme.

Ein Stadtverordneten-Wahlsieg. Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung zählt jetzt neun Sozialdemokraten. Der neunte Vertreter unserer Partei wurde vor einigen Tagen in dem jüngst eingemeindeten Kesselstadt gewählt mit 172 gegen 59 bürgerliche Stimmen.

In die Redaktion der „Dortmunder Arbeiterzeitung" ist Genosse Nottebohm aus Unna eingetreten. — Als Redakteur des Darmstädter Parteiorgans, das Anfang Oktober erscheinen wird, wurde Genosse Ludwig Quessel von Stettin gewählt.

Aus Nah und Fern.

Einbrüche in zwei Krankenkassen sind in Berlin vollführt worden. Es handelt sich um von Einbrechern ausgeführte Geldschrankberaubungen in der Steglitzer und der Friedenauer Ortskrankenkasse. Am ersteren Orte erbeuteten die Diebe etwa 1700 Mk, an der zweiten Stelle etwa 1000 Mark. Ob beide Diebstähle von denselben Verbrechern ausgeführt worden sind, ist noch nicht aufgeklärt.

Hauseinsturz. Freitag stürzten in Danzig plötzlich die Häuser Brodbänkengasse 47 u. 48 vollständig ein. Die Aufräumung wurde sofort von der Feuerwehr in Angriff genommen. Aus beiden Häusern, die anscheinend infolge von Baufälligkeit zusammengebrochen sind, scheinen sich alle Bewohner noch rechtzeitig haben in Sicherheit bringen können. Nachdem die Aufräumungsarbeiten 3 Stunden gedauert haben, wurde noch kein Verunglückter unter den Trümmermassen aufgefunden.

Der Staat, der Staat ist gerettet. Vom Gleiwitzer königlichen Gymnasium wurde der Quartaner Piechowski, der Sohn eines enragierten Nationalpolen, relegiert, der während eines Klassenausfluges bei einem Hoch auf den Kaiser ostentativ sitzen geblieben war und dem bekannten Preußenlied: Ich bin ein Peuße 2c., folgenden Text unterlegte: „Ich bin ein Pole, kennt ihr meine Farben, die Fahne weht mir rot und weiß voran."

Der Streikführer als „Gewerbetreibender". Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich dieser Tage der Angestellte des Verbandes der Barbiere, Genosse Frenzel, zu verantworten. Unter Berücksichtigung, daß die Arbeiter doch auch während eines Barbierstreiks am Sonntag rasiert sein wollten, anderseits aber auch nicht von Streikbrechern geschabt werden mochten, richteten bei Gelegenheit des Barbierstreiks in Breslau die Streikenden in verschiedenen Lokalen der Stadt Sonnabends und Sonntags sogenannte „fliegende Barbierstuben" ein. Für die Arbeit wurde an sich nichts verlangt, doch waren Listen ausgelegt, auf die die „Kundschaft" stets gern einen kleinen Betrag zu Gunsten des Streikfonds zeichnete. Die Polizei war natürlich alsbald mit bekanntem Eifer hinter den „Fliegenden" her und sorgte dafür, daß diese in den meisten Restaurationen nicht mehr geduldet wurden. Die Baugenossenschaft „Wratislavia" verfügte aber auf ihrem Grundstücksbesitz auf der Märkischenstraße gerade über einen leerstehenden Laden und stellte diesen den Streikenden als Barbierstube zur Verfügung. Das „Geschäft" blühte denn auch Sonnabends abends und Sonntags vormittags gar prächtig, und mancher Groschen, den sonst die hartnäckigen „Meister" bekommen hätten, floß in die Streikkasse. Natürlich wandte die Polizei diesem „Gewerbebetrieb" ihre volle Aufmerksamkeit zu und machte dabei die Entdeckung, daß erstens das „Gewerbe" nicht angemeldet worden war und daß ferner die Polizeiverordnung vom 18. April 1903, betreffend die Einrichtung von Barbierstuben im Laden nicht ausgehängt war. Frenzel wurde als der „Inhaber des Geschäfts festgestellt und wegen beider Vergehen mit einem Strafmandat über zusammen 4 Mk. bedacht. Er erhob hiergegen Einspruch. Das Gericht stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, es habe sich um einen Gewerbebetrieb gehandelt. Aus der ausgelegten Liste gehe zur Genüge hervor, daß das Unternehmen auf Erwerb gerichtet gewesen sei. Die betreffende Polizeiverordnung hätte deshalb ebenfalls ausgehängt werden müssen und die Strafe wurde ebenfalls wieder auf 4 Mk. bemessen. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Geborstene Ordnungssäule. Steuerkassenassistent Loos ist in Gelsenkirchen verhaftet worden unter der Beschuldigung, eine Summe von 18—20000 Mark unterschlagen zu haben.

Eisenbahnzusammenstoß. Zwischen Petersburg und Pawrowski erfolgte Sonnabend ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Beide Lokomotiven wurden beschädigt, ein Gepäckwagen und ein Wagen dritter Klasse zertrümmert. Ein Zugführer und zwei Passagiere wurden getötet, mehrere verletzt.

Menschenopfer. Von dem infolge einer Kesselexplosion gesunkenen griechischen Dampfer „Lycavives" wurden zwölf Personen gerettet. Die Zahl der Opfer beträgt 18.

Furchtbare Explosion. Wie „Daily News" aus San Franzisko meldet fand am Sonnabend in der Dynamitfabrik in Sobrante (Süd-Kalifornien) eine Explosion statt, wobei viele Personen getötet und 130 verletzt wurden.

Eisenbahn-Unfälle. Der Expreßzug von Bordeaux nach Paris ist gestern nacht bei Coutrall entgleist. Bei dem Unfall sind mehrere Personen getötet und ungefähr dreißig verwundet worden. Weiter wird gemeldet: Die Entgleisung des Expreßzuges nach Paris soll durch den Zusammenstoß mit einem Güterzuge herbeigeführt worden sein. Nach den neuesten Feststellungen sind 20 Personen verwundet und 11 getötet worden, darunter zwei oder drei Eisenbahnbeamte.

Explosion von Feuerwerkskörpern. Während ein Wagen mit Feuerwerkskörpern durch das Dorf Capurso bei Bari fuhr, explodierten diese. Vier Personen wurden getötet und zehn verwundet. Die Häuser in der Nähe wurden beschädigt.

Meuterei, im Hospital für geisteskranke Verbrecher. Das „Berl. Tagebl." meldet aus Newyork: Im Hospital für geisteskranke Verbrecher des Staates Newyork in Dannemora kam es zu einer gefährlichen Meuterei. Die Kranken verbarrikadierten sich in den Schlafsälen und versuchten die Mauern zu durchlöchern, um die Freiheit zu gewinnen. Es entspann sich ein zweistündiger heftiger Kampf zwischen den tobenden Meuterern und dem Aufseherpersonal. Diesem gelang es, unterstützt von einer größeren Zahl von Beamten, die Wahnsinnigen zu überwältigen. Ein Irrsinniger wurde getötet, dreißig verwundet.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.